

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 26.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 28. Juni 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kaballeriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Der Zusammenbruch des sozialdemokratischen Färberstreiks.

Nach 17 wöchiger Dauer hat endlich die sozialdemokratische Textilarbeiterverbandsleitung erkannt, daß ein Weiterstreiken zwecklos sei. Noch am Donnerstag, den 19. Juni, beschloßen etwa Zweidrittel der Streikenden die Weiterführung des Kampfes, während die besonnenen Arbeiter sich für die Arbeitsaufnahme aussprachen. Jedoch am Samstag, den 21. Juni, wurde der Abbruch des Kampfes endgültig beschlossen. Die Arbeit solle am Montag, den 23. Juni, bedingungslos wieder aufgenommen werden, d. h. zu demselben Angebot, das vor 16 Wochen die Arbeitgeber bereits nach dreitägiger Dauer des Kampfes eingeräumt hatten. Also ganze 17 Wochen hindurch wurde sinn- und nutzlos gestreikt. Hunderttausende von Mark an Lohn und Gewerkschaftsgeld wurde der Arbeiterschaft entzogen. Der Schaden beträgt:

An Lohnverlust für 2500 Färber, bei einem Durchschnittslohn von 22 M. die Woche	935 000 M.
Die an die ausständigen Färber gezahlte Streikunterstützung	510 000 „
An Lohnverlust der 15 000 ausgesperrten Arbeiter (für 2 Wochen)	576 000 „
An Streikunterstützung der ausgesperrten	200 000 „
Gesamtverlust	2 221 000 „

Die bereits vor 16 Wochen erzielten Erfolge belaufen sich, für 3/4 Jahre berechnet, auf 940 000 M. Es bleibt somit direkt ein Verlust für die Arbeiter und deren Organisationen von 1 261 000 M. Um diese Riesensumme hat der sozialdemokratische Verband seine Mitglieder und die niederheinische Arbeiterschaft gewissermaßen betrogen.

Hinzu kommt noch, daß mehrere hundert Färber noch wochen- und monatelang arbeitslos bleiben werden, weil nicht gleich alle wieder eingestellt werden können. Ein großer Teil der Streikenden wird überhaupt nicht mehr in die Betriebe hineinkommen, weil infolge technischer Betriebsänderungen mehrere Färbereien an Arbeitskräften wesentlich sparen können. Vieles, was früher handwerksmäßig betrieben wurde, wird jetzt maschinell gemacht. So haben die betörten Färber ihr eigenes Handwerk ruiniert. Der Krefelder Industrie ist unberechenbarer Schaden zugefügt worden. Das sind die Folgen der Taktik des sozialdemokratischen Verbandes.

Noch selten sind Arbeiter derart hintergangen und in die Irre geführt worden, wie in diesem Falle. Dumpfe Verzweiflung, Wut und Empörung faßte die Färber, als ihnen von ihren Verführern der Abbruch des Kampfes empfohlen wurde. Während der ganzen Dauer des Kampfes wurden sie über den wahren Stand der Dinge hinweggetäuscht. Noch in derselben Woche, in der der Kampf abgebrochen werden mußte, schrieb das Organ des sozialdemokratischen Verbandes, der Sieg würde auf Seiten der Färbereiarbeiter sein, ihre Sache stände günstig, die Unternehmer seien „im Druck“, die Sympathiebewegungen der Färber in Basel, Como, Lyon und Barmen würden die Färbereibefitzer zum Nachgeben zwingen. Während das die Färbereiarbeiter in ihrem Verbandsorgan lesen konnten, stellten sich die Führer in der Versammlung hin und mußten bekennen, daß keinerlei Aussicht mehr für eine erfolgreiche Beendigung des Kampfes vorhanden sei.

Das ist ein Schulbeispiel dafür, mit welcher Unehrlichkeit und Gewissenlosigkeit in manchen sozialdemokratischen Berufsverbänden Bewegungen gemacht werden.

Dieses Ende des Kampfes bedeutet eine glänzende Rechtfertigung der Taktik des christlichen Textilarbeiterverbandes. Nach

dreitägiger Dauer des Kampfes hatten die Färbereiarbeiter ein annehmbares Angebot der Arbeitgeber, das einen Abschluß der Bewegung in Ehren ermöglichte. Der christliche Textilarbeiterverband empfahl den Abbruch, weil durch die Fortführung des Kampfes ein weiterer Erfolg nicht mehr zu erzielen sei. Der sozialdemokratische Verband aber hielt den Streik durch, aus Furcht vor dem Radikalismus seiner Mitglieder und um den christlichen Textilarbeiterverband schwach zu setzen. Und nun dieses Ende. Hier bewahrheitet sich das Sprichwort: Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.

Wir werden in der nächsten Nummer dieser Zeitung auf die Sache zurückkommen. Für heute nur noch folgendes: Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband hat in Krefeld eine Niederlage erlebt von solcher Gründlichkeit, wie sie bei einem gewerkschaftlichen Lohnkampfe bisher nur selten zu verzeichnen war. Er hat sich blamiert bis auf die Knochen. Die Taktik der sozialdemokratischen Verbandsleitung hat in Krefeld ihren totalen Bankrott ankündigen müssen. Jetzt wird der „Textilarbeiter“ noch einmal ein Wutgeheul anstimmen und noch einmal einen Kübel Schmutz über unsere christliche Textilarbeiterorganisation ausgießen. Wir verzeihen ihm das, weil wir für seine Gemütsfassung volles Verständnis haben. Die gründliche Blamage seiner eigenen Organisationsleitung, den buchstäblichen Arbeiterverrat seines Verbandes wird er damit nicht aus der Welt schaffen. Er wird damit auch keinen Eindruck machen. Der Krefelder Streik ragt als ein Denkmal der Schande für den Verband „deutscher“ Textilarbeiter hoch empor. Dieselben Färber, die vor 17 Wochen der „freien“ Verbandsleitung ein „Hosianna“ entgegenjubelten, rufen ihr jetzt zu: Kreuziget sie. Und das mit vollem Recht.

Die Färber Krefelds sind unserem Verbandsverbande zu großem Danke verpflichtet. Wäre er nicht in ehrlicher Absicht um die Interessen der betörten Färber bemüht gewesen, würden die Dinge heute noch ärger liegen. Unserem Verbandsverbande ist's zu verdanken, daß die Färber wenigstens noch die neuen tariflichen Löhne bekommen und nicht zu wesentlich verschlechterten Lohnbedingungen die Arbeit wieder aufnehmen müssen. Unser Verband hat den Färbereien den Tarif gerettet und es zuwege gebracht, daß wenigstens das nicht total zertümmert wurde, was in jahrzehntelanger, mühevoller Arbeit aufgerichtet wurde. Das entschiedene Auftreten unseres Verbandes war wirklich „eine rettende Tat“.

Der „deutsche“ Verband ist natürlich anderer Meinung. Wenigstens nach außen hin. Wenn er ehrlich sein wollte, müßte er das Verdienst unseres Verbandes anerkennen. Aber er macht's umgekehrt. Nach der bekannten Spitzbubentaktik schreibt er jetzt: Der christliche Verband habe die ganze Sache verschuldet. Wenn er mitgemacht hätte, würde der Wagen anders gelaufen haben. Mit solchen Redensarten macht sich die „deutsche“ Verbandsleitung nur lächerlich. Ihre Schuld vermag sie dadurch nicht von sich abzuwälzen. Sie steht in den Augen aller objektiv und rechtschaffen denkenden Menschen gerichtet da. Würde unser Verband mit durchgestreift haben, würde das Unglück nur noch größer sein. Uebrigens haben es der „Textilarbeiter“ und zahlreiche sozialdemokratische Versammlungsredner wiederholt zugestanden, daß die „paar Männchen“ des christlichen Verbandes auf den Ausgang der Bewegung auch nicht den geringsten Einfluß auszuüben vermochten.

Nein, die Schuld trifft ganz allein und in ihrer ganzen Schwere die Leitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes.

Zur Aussperrung in dem Bocholter Textilindustriebezirk.

Zur Aussperrung in der Bocholter und Rheider Textilindustrie ist folgendes zu berichten. Der Bürgermeister der Stadt Bocholt, Herr Wesemann, hat sich bemüht, Vermittlungsverhandlungen anzubahnen. Diese haben am Samstag, den 21. Juni, unter der Leitung des königlichen Regierungs- und Gewerbeberaters Dr. Pirsch stattgefunden, jedoch zu einer Verständigung nicht geführt. Zwar haben die Arbeitgeber einige Zugeständnisse gemacht, jedoch konnten sich die Arbeiter mit diesen unmöglich zufrieden geben. Darum sind die Verhandlungen verschoben worden.

Am Samstag, den 21. Juni, ließ die Kündigung für einen Teil der Arbeiter ab. Es werden zur Zeit bereits rund 2000 Textilarbeiter- und Arbeiterinnen auf der Straße sein.

Die Bocholter Fabrikanten-Vereinigung versucht in einer längeren „Aufklärung unserer Arbeiter“, die sowohl in der Fabrik angeschlagen als auch in der Tagespresse bekannt gegeben wurde, ihren ablehnenden Standpunkt zu rechtfertigen. Auf Grund recht zweifelhafter Lohnstatistiken und der Erträge der Bocholter Gewerbesteuer versucht die „Aufklärung“, mit Hilfe zeichnerischer Darstellungen, den Beweis zu liefern, daß in den letzten zehn Jahren „der Verdienst der Arbeiter fast andauernd gestiegen“, dagegen „das Resultat der Arbeit der Fabrikanten heute nicht viel höher wie vor zehn Jahren ist.“ Darauf ist den Arbeitgebern folgendes geantwortet worden: Es handelt sich in der jetzigen Bewegung nicht in der Hauptsache darum, ob und in welchem Maße die Löhne der Bocholter Arbeiterschaft stiegen und in welchem Verhältnis sie zu denen anderer Bezirke stehen, die Kardinalfrage ist vielmehr folgendes: Ist eine Verbesserung der Lebenshaltung der Bocholter Textilarbeiter notwendig? Ist die Bocholter Textilindustrie in der Lage, ihren Arbeitern eine Lohnerhöhung zu gewähren? Das sind die Kernfragen der ganzen Sache. Auf sie geht aber die „Aufklärung“ der Fabrikanten-Vereinigung auch nicht mit einer Silbe ein.

Das **Zahlenmaterial der Fabrikanten-Vereinigung** ist in bezug auf Beweisfähigkeit doch außerordentlich dürftig.

Mit Zahlen läßt sich mächtig streiten, mit Zahlen ein System bereiten.

Das trifft namentlich für die Zahlen zu, die den Berufsgenossenschaftsberichten entnommen sind.

Nach den Feststellungen der Arbeitgeber soll der Durchschnittslohn der Bocholter Textilarbeiter im Jahre 1912 M. 900 betragen haben, und von 1902—1912 von 750 auf 900 M. gestiegen sein. Angenommen, diese Feststellungen seien einwandfrei; dann aber fragen wir: kann eine mehrtöpfige Familie von M. 900 Jahreseinkommen bei den heutigen Verhältnissen eine befriedigende Lebenshaltung führen? Wer das bejahen wollte, den müßte man doch bitten, einmal die Probe aufs Exempel zu machen. Ferner soll nach den Angaben der Fabrikanten-Vereinigung der Lohn in den letzten zehn Jahren um 150 M. gestiegen sein; das sind im ganzen 20% oder pro Jahr sage und schreibe 2%. Das erscheint uns doch

außerordentlich geringe und durchaus ungenügende Steigerung.

Der Wert des Geldes ist in viel stärkeren Verhältnissen gesunken. Die wichtigsten Lebensmittelartikel erfuhren in demselben Zeitraum eine Preissteigerung von mindestens 40—50%. Es ist von mehreren kommunalstatistischen Kennern festgestellt worden, daß allein die Steuerung 1911/12 für eine viertöpfige Familie bei voller Befriedigung einer normalen Lebenshaltung einen Mehraufwand von 60—70 M. erfordere. Uebrigens stellt das ganze Lebensmilieu heute ganz andere Ansprüche an den Arbeiter wie vor zehn Jahren. Ferner sind eine Menge Ausgaben hinzugekommen, die man früher gar nicht kannte. Was bedeutet demgegenüber eine Steigerung der Löhne

in zehn Jahren um ganze 150 M. Eine Verschlechterung der Lebenshaltung weiter Arbeiter-schichten. Endlich ist mit der Steigerung der Gesamtlohnsumme längst nicht bewiesen, daß nun der Arbeiter für den gleichen Aufwand an Arbeitskraft denselben oder gar einen höheren Lohn erhalte als vor zehn Jahren. Die Frage, ob die Löhne in demselben Maße gestiegen seien als die Ansprüche an die Arbeitskraft des Arbeiters zunahmen, möchten wir entschieden verneinen.

Die Fabrikanten-Vereinigung stützt sich in ihrer Aufklärung wiederholt auf

Angaben der Berufsgenossenschaften.

Bisher haben es die Arbeitgeber bei Lohnbewegungen ganz entschieden abgewiesen, die Angaben der Berufs-genossenschaften als Wertmesser für den wirklichen Stand der Löhne gelten zu lassen. Tatsächlich sind die ganz allgemein gehaltenen Lohnangaben der Berufs-genossenschaften nur mit der größten Vorsicht und sehr vielen Einschränkungen verwendbar. Sie geben nur den Durchschnitt aller in dem betreffenden Bezirk verdienten Löhne an. Auf die verschiedenen Berufsarten und die außerordentlich große Verschiedenheit nicht bloß in der Industrie, sondern auch in den einzelnen Betrieben, wird keine Rücksicht genommen. Die Löhne der Jugendlichen, Frauen und Männer werden durcheinander geworfen. Aber das nicht allein: auch die Gehälter der Meister, Vorarbeiter und Angestellten, soweit sie der Unfallversicherung unterworfen sind, werden zu den Löhnen der Arbeiter geschlagen. Dieses Durcheinander ergibt dann den Durchschnitt. Eine solcher Art zustande gekommene Statistik kann doch unmöglich als Grundlage für die Prüfung der Notwendigkeit einer Lohnerhöhung dienen. Wenn wir das Verfahren der Fabrikantenvereinigung anwenden wollten, könnten wir nachweisen, daß im Münsterlande die Löhne mit am schlechtesten stehen in ganz Rheinland und Westfalen und daß die Lohnsteigerung in diesen Bezirken im Vergleich zum ganzen Reiche erheblich zurückgeblieben ist.

Auch die angeführten

Beträge der Gewerbesteuer

geben von den Erträgen der Hochpolter Textilindustrie kein zuverlässiges Bild. Abgesehen davon, daß das in dem Diagramm veranschaulichte plötzliche Anschwellen der Steuererträge im Jahre 1908 als anormal bezeichnet werden muß, worauf ein Rückschlag vorauszu sehen war, schießt auch der angegebene Steuerbeitrag mit einer ungünstigen Konjunktur ab. Die Jahre 1908, 09, 10 und 11 standen im Zeichen der Krise. Der für 1912 angegebene Betrag (30-31000 M.) entspringt der Veranlagung vom Jahre 1911, mit dessen Ende sich erst in der Baumwollindustrie die Konjunktur gehoben hat. Ferner ist auch zu berücksichtigen, daß Betriebsveränderungen, Abschreibungen u. die Veranlagung des Gewerbesteuerpflichtigen stark beeinflussen. Ob die in dem Diagramm enthaltenen Zahlen noch wesentlich ungünstiger sich gestalten, wenn nur die Steuerbeiträge der Textilindustrie herangezogen würden, erscheint doch sehr zweifelhaft. Manche Gewerbetreibende in der Stadt (Kaufleute, Handwerker u.) klagen seit langem sehr über den Gang ihrer Geschäfte. Im allgemeinen leidet gerade die Geschäftswelt von Hochpolter erheblich unter dem niedrigen Einkommen der Arbeiter. Vielleicht kann man sogar sagen, daß das Bild in bezug auf die Gewerbesteuer noch günstiger sei, wenn diese Betriebe allein genommen wären. Der Satz, daß die Gewerbesteuer auch dann erhoben wird, wenn kein Verdienst zu verzeichnen ist, und zwar in dem Maße nach der Höhe des Anlage- und Betriebskapitals, erweckt leicht irrtümliche Auffassungen. Im Falle, daß kein Verdienst erzielt wird, reduziert sich doch ganz naturgemäß erheblich die von den Fabrikanten zu zahlende Gewerbesteuer, weil doch in erster Linie der Ertrag des Gewerbes die Grundlage der Besteuerung bildet.

Es befragt in der zur Frage stehenden Angelegenheit auch nicht viel, daß innerhalb 16 Jahren 17 Hochpolter Firmen ihre Betriebe eingestellt haben. Wenn den Ursachen dieser BetriebsEinstellung mal auf den Grund gegangen würde, ergäbe sich gewiß, daß in den wenigsten Fällen der „zu hohe Lohn“ die Schuld trägt. Die Ursachen sind anderswo zu suchen. Auch in den anderen Gewerben kommen Fallstimmungen vor. Hier in Hochpolter tragen manche Betriebsgründungen in der Textilindustrie schon von vornherein oft einen ungesunden Keim in sich. Der Tatsache, daß Betriebe eingegangen sind, steht auch die Tatsache gegenüber, daß manche Arbeitgeber ganz erheblich vorwärts gekommen sind und sich — doch auch mit Hilfe der Arbeiter — mächtig emporgearbeitet haben.

Bezüglich der

Lohnverhältnisse bei der bestreikten Firma Cosmann Cohen u. Co

kann die Arbeiterchaft nur wiederholen, was bereits mehrfach betont wurde, daß sie die Löhne nicht als den Zeitverhältnissen entsprechend betrachten können. Die von der Fabrikantenvereinigung beigebrachte Gruppierung der Löhne kann einer objektiven Kritik nicht standhalten. Der Jahresdurchschnittsverdienst sämtlicher Arbeiter der Firma C. C. u. Co. in Höhe von 974 M. im Jahre 1912 ist nur dadurch erreicht, daß im Jahre 1912 von einigen Arbeitergruppen Ueberstunden (sogar monatlang) gemacht

worden sind. Auch die weiteren Angaben über die Löhne der Arbeiter der Firma C. C. u. Co. geben kein vollständiges Bild. Zunächst muß immer wieder betont werden, daß ein großer Teil Weber bei genannter Firma seit vielen Monaten meist zwei Stühle mit einem Artikel (Genua Cord) belegt hatte, der im Verhältnis zu anderen Waren günstiger entlohnt wird. Es ist eine feststehende Tatsache, daß manche verheirateten Weber, die im Jahre 1912 keine Ueberstunden machten, in vorausgegangenen Jahren wesentlich mehr verdient haben wie 1912. Es muß auch bezweifelt werden, daß die 38 Weber, deren Verdienst nicht angegeben ist, nur jugendliche und erst kurze Zeit bei der Firma beschäftigte Arbeiter sind. Dann ist ganz besonders zu berücksichtigen, daß sowohl bei den 90 Webern, deren Verdienst mit 3,35 M. angegeben ist und den 54 verheirateten Männern, deren Verdienst mit 3,53 M. verzeichnet steht, der Verdienst von ca. 20. Jacquardwebern der Firma C. C. u. Co. mitinbegriffen ist. Die Jacquardweber sind zu 1/4 verheiratet und haben im Verhältnis zu den anderen Webern einen höheren Lohn. Gerade an die Jacquardarbeiter bei der Firma C. C. u. Co. werden aber auch ungewöhnlich hohe Anforderungen gestellt, besonders in bezug auf die Zahl der zu bedienenden Stühle. Durch das Hineinrechnen des Verdienstes der Jacquardweber ergibt sich ein gefährliches Bild.

Ganz besonders ist es zu vermerken, wie es seitens der Fabrikantenvereinigung geschieht, immer wieder die

Verdienstmöglichkeit

ins Feld zu führen. Die Fabrikantenvereinigung kann damit doch nur sagen wollen, daß ein großer Teil Arbeiter, der nicht so viel in Accord verdient wie der andere, die gegebene „Verdienstmöglichkeit“ nicht ausnützt. Das ist zum mindesten eine Uebertreibung. Selbst bei gleicher Anstrengung und gleichen Fähigkeiten ist es ausgeschlossen, daß der Verdienst der Weber auch nur annähernd die gleiche Höhe erreicht. Dafür liegen die Dinge doch zu kompliziert. Besonders in einem so vielseitigen Betriebe wie dem bei der Firma C. C. u. Co. Stühle, Material, Warenqualitäten u. sind jeweils verschieden. Dazu kommen noch die verschiedenen Fähigkeiten. Wie die Dinge nun einmal sind, wird ein Familienvater — von wenigen Ausnahmen, die wir selbst bedauern, vielleicht abgesehen — schon sein möglichstes tun, um eine gegebene „Verdienstmöglichkeit“ auszunutzen. Es ist ja ein beliebtes Verfahren, bei Bewegungen die höheren Verdienste anzuführen und daraus Schlußfolgerungen für andere Arbeiter des Betriebes zu ziehen. Es ist aber recht oft der Fall, daß ein Arbeiter, der einen niedrigeren Lohn erzielt, in bezug auf den Gewinn des Arbeitgebers vorteilhafter arbeitet, weil die Qualität der angefertigten Ware eine nicht unbedeutende Rolle spielt. Mit dem Einwand: „Die Verdienstmöglichkeit“ ist gegeben, kann man auch noch so berechtigte Wünsche als unberechtigt abtun.

Es fällt uns gewiß nicht ein, die Hochpolter Unternehmer mit den sogenannten Scharfmachern in einen Topf zu werfen. Aber sind denn die Arbeiter in ihren Wünschen und in ihrem ganzen Verhalten etwa unverschämte gewesen, so daß das mangelhafte Entgegenkommen und der Aussperrungsbeschuß der Arbeitgeber sachlich zu rechtfertigen wären? Nein, gewiß nicht! Die Arbeiter wollen nicht den Kampf. Sie wollen nur eine Verbesserung der Lebenshaltung. Ihre Wünsche sind billig und gerecht. Darum stehen sie auch geschlossen hinter diesen. —

Das letzte Aufgebot.

Als Anfang April die Gewerkschaftsführer vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband den Streikwagen in Krefeld gründlich festgefahren hatten, da schrien und schimpften sie gewaltig auf den christlichen Textilarbeiterverband, der nicht weiter unnütz Vorspannleistungen leisten wollte. Denn solange die „frei“ organisierten Färber des Wuppertales durch Leistung von Streikarbeit hinten an Ragen zogen, war es unmöglich, die Sache in Krefeld auch nur um einen Millimeter vorwärts zu bringen. Das sah jeder vernünftige Gewerkschaftler ein. Auch die Leitung des „deutschen“ Verbandes. Doch der war es ja nur noch darum zu tun, den christlichen Verband verbluten zu lassen, ihn aktionsunfähig zu machen. Die Voren! Um die eigenen Verbandsmitglieder für ihr freibewusstes Spiel zu gewinnen, schwärzten sie ihnen vor, daß eben durch die Leistung von Streikarbeit in Elberfeld, Barmen, Langenberg und Honsdorf den Krefelder Färbern am besten gedient sei. Und als manchen Färbern diese selbstsame Logik nicht einleuchten wollte, da half die sozialdemokratische Parteipresse nach. So schrieb die in Elberfeld erscheinende „Freie Presse“ am 5. April:

Bei Abschmer der Krefelder Industrie jetzt ihre Arbeiten nach Elberfeld und Barmen geben und dadurch eine größere Beschäftigung herbeiführt wird, glauben viele Arbeiter, das sei Streikarbeit und eine Benachteiligung der Krefelder ausgeperrten Arbeiter. Das gerade Gegenteil ist es. Je mehr die Abschmer den Krefelder Fabrikanten ihre Aufträge entziehen und diese wo anders machen lassen, um so eher kommen die Krefelder Textilschneidmacher in die Klemme und zur Bejammung, um das äußerste zu vermeiden.

Da hatten's die „Genossen“ schwarz auf weiß. So stand es in „ihrer“ Presse, und was die schreibt, ist für „echte Genossen“ Evangelium. Dazu wurde den Färbern des Wuppertales von den Verbandsleitern erklärt: 1910,

als hier im Wuppertale gestreikt wurde, haben die Krefelder auch Streikarbeit gemacht, und uns die Aufträge und Kunden fortgeholt, so daß zahlreiche Arbeiter auf dem Pflaster blieben. Jetzt gilt es, diese Kunden und noch weitere wieder zu gewinnen, dann haben wir hier Arbeit in Fülle und können nach Beendigung des Krefelder Streikes um so mehr für die Arbeiter herausholen. Und die beforchten Färber waren kurzichtig genug, diesen Vorspiegelingen Glauben zu schenken. Es wurden Ueberstunden über Ueberstunden gemacht, Nachts und Sonntags wurde gearbeitet, damit alle Aufträge erledigt fanden. Das Solidaritätsgefühl kam unter die Räder des immer tiefer im Dreck versinkenden Krefelder Streikwagens.

Als dieser Wagen durch alles Schimpfen und Schreien der sozialdemokratischen Verbandsführer nicht wieder in Bewegung kommen wollte, als alle „großen“ Protestversammlungen wirkungslos verpufften, als durch Lügen und Verleumdungen und

durch phrasenhaftes Kraftmeiertum die sichere Niederlage nicht zu verhüten war,

wurde vom Auslande Hilfe erfleht. Die Verbandsführer reisten nach Frankreich und der Schweiz, um dort und auch in Italien die Seidenfärber für einen großen internationalen Sympathiestreik zu gewinnen. Es gelang auch, im Baseler Gebiet und in Zürich die Arbeiter für den Streik zu gewinnen. Allerdings hat das große Mühe gekostet und ohne Unterstützung aus der Gewerkschaftskasse des „deutschen“ sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes wären die Färber in der Schweiz wohl niemals in der Lage und gewillt gewesen, in den Sympathiestreik zu treten.

Doch jetzt konnte den armen, irreführten Krefelder Färbern der sichere Sieg in allernächster Zeit in Aussicht gestellt werden. „Die Seidenfärber der Schweiz und Oesterreichs, die von Lyon und Como haben sich solidarisch erklärt, überall wird die Streikarbeit für Krefeld verweigert“, so jubelte man und glaubte an den baldigen Sieg. Und die weil die Führer des sozialdemokratischen Verbandes im Ausland den Färbern die Notwendigkeit solidarischen Handelns predigten, arbeiteten die Färber in Barmen, Elberfeld und deren Umgebung ruhig weiter, leisteten ruhig weiter die verlangten Ueberstunden, machten Streikarbeit. Streikarbeit nicht nur für Krefeld, sondern auch für die Schweiz.

Schanden halber, um den Schein zu wahren, mußte nun doch endlich auch im Wuppertale vom „deutschen“ Verbande etwas unternommen werden. Dazu drängten auch die Krefelder Färber. Mitte Mai

reichten die Seidenfärber in einigen Betrieben folgende Forderungen ein:

10 Prozent Lohnerhöhung, die 56 stündige Arbeitswoche, 60 Pfg. für die erste und 70 Pfg. für die zweite Ueberstunde. In drei Betrieben traten die Färber in den Ausstand, um den Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen.

Der Verein der Wuppertaler Seiden- und Kunstseidenfärber faßte darauf folgenden Beschluß:

„Die Färberbesitzer sind im Augenblick nicht in der Lage, die in einigen Betrieben gestellten Forderungen bewilligen zu können. Unter der Bedingung aber, daß die Arbeit in den bestreikten Betrieben am Montag, den 19. d. M., wieder aufgenommen wird und eine weitere Streikbewegung nicht stattfindet, sind die Färberbesitzer bereit, ab Beendigung des Krefelder Streiks, spätestens aber am 1. August d. J. eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen. Maßregelungen finden nicht statt.“

Das genügt den Verbandsleitern vollkommen, um die Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Für die Krefelder Arbeiter war damit nichts gewonnen, und um diese zu befriedigen und den Anschein solidarischen Handelns zu bekunden, nahmen die Streikenden folgende Resolution an:

„In Anbetracht dessen, daß die Färberbesitzer aus Solidarität gegenüber den Krefelder Färberbesitzern eine sofortige Lohnerhöhung nicht bewilligen, beschließen die Färber — und zwar ebenfalls aus solidarischen Gründen — nur unter der Bedingung die Arbeit aufzunehmen, daß die Färberbesitzer während der Dauer des Krefelder Streiks von der Ueberstundenarbeit Abstand nehmen. Ausgenommen hiervon sind die vereinzelten Arbeiter, welche morgens bei der Eröffnung (der Seide) zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig sind.“

Da hatten die Krefelder Färber einen abgenagten Knochen, mit dem sie sich begnügen sollten. Mit dieser famosen Resolution war aber

offiziell bestätigt, daß die deutschen Verbandsmitglieder im Wuppertal Streikarbeit machten. Denn was hatte sonst die Verweigerung der Ueberstunden während der Dauer des Krefelder Streiks für einen Wert, die doch „aus solidarischen Gründen“ erfolgen sollte. Die Krefelder Färber verlangten denn auch von ihren Wuppertaler Verbandsgenossen praktische, ihre Sache wirklich fördernde Solidaritätsbetundung und beschloßen deshalb in einer Resolution:

„Von den Berufscollegen in Barmen-Elberfeld erwarten die kämpfenden Krefelder Färber aber fruchtlose Solidarität, so daß dort nicht ein Faden für Krefeld gefärbt wird.“

Es wurden jedoch nicht nur weiter Ballen auf Ballen für Krefeld gefärbt, es wurden auch noch Ueberstunden gemacht in mehreren Betrieben. Und nicht etwa gezwungen, freiwillig machten die „Genossen“ die Ueberstunden. Sie sagten sich eben, was nach Ansicht unserer Führer bisher den Krefelder Färbern nützlich sein sollte, kann doch nicht jetzt auf einmal verwerflich sein und den Kollegen in Krefeld zum Schaden gereichen.

Trotz der internationalen Aktion und wegen der „solidarischen“ Unterstützung durch die Wuppertaler Färber blieb der erhoffte Erfolg in Krefeld aus. Die dortigen Färberbesitzer ließen sich auf keine Verhandlungen ein. Die Führer des roten Verbandes sahen den Tag des völligen Zusammenbruches der Bewegung mit Schrecken

immer näher rücken. Doch sie wollten und mußten wenigstens einen moralischen Sieg erlämpfen. Sollten denn die sauer zusammengesparten Arbeitergroschen nutzlos den zum allergrößten Teil unorganisierten Färbereibetrieben der Schweiz und an der Grenze geschenkt worden sein? So setzte man denn den letzten Trumf. Das letzte Aufgebot des Landsturms wurde noch ins Feld geführt: die Wuppertaler Färber!

Pflichtlich, nachdem die Krefelder Färber bereits 15 Wochen streikten, entdeckte die Verbandsleitung in Elberfeld-Warmen Streikarbeit.

Es wurde nach dem Bericht der sozialdemokratischen „Freien Presse“ immer offener, daß sich im Wuppertal mehrere Agenturen für Streikarbeit etabliert hatten. Seltsam, bisher hatte man nichts von Streikarbeit gesehen, hatte diejenigen, die sowas behaupteten, Lügner und Besessener geschimpft. Und jetzt einmal überall Streikarbeit, ja sogar mehrere Agenturen für solche! — Was man nicht tut, wenn einem das Wasser bis an den Hals steht! Es wurde in einer Branchenversammlung am 8. Mai beschlossen, am anderen Tage die Arbeit nicht wieder aufzunehmen in den Seidenfärbereien, obgleich die Mehrzahl der Arbeiter nicht dabei war und nicht wußte, um was es sich handelte. So wurden denn die Färber Montag, den 9. Juni, als sie morgens zur Arbeit gehen wollten, vor den Betrieben abgefaßt und ihnen erklärt: es wird nicht gearbeitet. Warum? Nun, den einen sagte man wegen Lohnforderungen, den anderen wegen Verweigerung von Streikarbeit. Es wurden denn auch trotz der vor drei Wochen mit den Unternehmern getroffenen Vereinbarungen erneut Forderungen gestellt. Vor drei Wochen hatte man 10 Proz. Lohnhöhung gefordert, jetzt erhöhte man die Forderung auf 15 Prozent. Auch ein Beweis für das taktisch „kluge“ Vorgehen der roten Verbandsleitung. Die meisten Färber mußten selbst nicht, was der eigentliche Grund zur Arbeitsniederlegung sei, die Verweigerung von Streikarbeit oder die Forderungen auf 15 Proz. Lohnhöhung, 56 stündige Arbeitszeit, 60 Pfg. für die erste und 70 Pfg. für die zweite Ueberstunde. Auch unsere Kollegen wußten selbstverständlich nicht mehr als die „Genossen“ selbst. Für unsere Mitglieder war es klar: handelte es sich um Verweigerung von Streikarbeit, so war für sie die Sache erledigt, weil unsere Färber in Krefeld nicht mehr streikten. Handelte es sich um eine Lohnbewegung, so waren sie bereit, mitzumachen, wenn die Bewegung nach altbewährten gewerkschaftlichen Grundsätzen geführt und Aussicht auf Erfolg vorhanden war. Doch in den ersten Tagen ließ sich kein Urteil bilden.

Dienstag, den 10. Juni, fand eine Prüfung der Streikgründe vor dem Prüfungsausschusse des Arbeitgeberverbandes in Elberfeld statt, zu der auch unsere Vertreter vom Arbeitgeberverband eingeladen waren. Der Geschäftsführer Stauß vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband lehnte es jedoch ab, gemeinsam mit unseren Vertretern der Verhandlung beizuwohnen. Als Gründe führte er zunächst an, unser Verband sei nur mit einem Mitgliede beteiligt und habe überhaupt nur fünf Seidenfärber als Mitglieder im Wuppertal. Stauß dachte jedenfalls, es ist schon so viel gelogen worden über den Färberstreik, und da kommt es auf einige Unwahrheiten nicht mehr an. Vor einigen Wochen hatte derselbe Stauß noch in Versammlungen erklärt und der „Textilarbeiter“ hatte es geschrieben, daß der christliche Verband allein bei der Firma Paulen-Herzog in Warmen 12 Mitglieder habe. Und jetzt sollten wir im ganzen Wuppertale nur 5 Färber als Mitglieder haben. So wird je nach dem gewünschten Effekt unsere Mitgliederzahl zu hoch oder zu niedrig angegeben. Auch befürchtete Stauß scharfe Auseinandersetzungen und damit einen fruchtlosen Verlauf der Verhandlungen. Als unsere Vertreter jedoch erklärten, nur der Information halber an der Verhandlung teilnehmen zu wollen, da rückte Stauß mit dem wirklichen Grunde heraus. Er erklärte den Unternehmern, durch die Verhandlungen würde dem christlichen Verband Material in die Hand gegeben, das er sicher ausnützen werde. Das wars, warum man unsere Leute scheute. Um nicht zwecklos die Verhandlungen scheitern zu lassen, wurde mit den Arbeitgebern vereinbart, daß diese zunächst mit den Vertretern des sozialdemokratischen Verbandes und dann zwei Stunden später mit den Vertretern unseres Verbandes die Sachlage beraten wollten. So geschah es denn auch.

Bei den Verhandlungen mit den Vertretern des „deutschen“ Verbandes hatte sich denn auch klar herausgestellt, daß der Streik nur inszeniert worden war, um die Wuppertaler Färbereibesitzer zu veranlassen, auf ihre Krefelder Kollegen einzuwirken, damit diese mit dem sozialdemokratischen Verbands verhandelten. Die ganze Debatte hatte sich nur um die Streikarbeit gedreht. Jetzt sollte auch das Streikarbeit sein, was für die Abnehmer der Krefelder Färbereindustrie im Wuppertale gefährlich wurde. Bisher hatte der rote Verband in Versammlungen und in seinem Verbandsorgan diese Arbeit als erlaubt hingestellt.

Die Seiden- und Kunstseidenfärbereibesitzer faßten am 11. Mai in ihrer Generalversammlung erneut den Beschluß, nach Beendigung des Krefelder Streiks, spätestens am 1. August, eine Lohnhöhung von 1 Mark pro Woche eintreten zu lassen, unter der Bedingung, daß am 17. Juni die Arbeit überall wieder aufgenommen würde und keine neue Arbeitsniederlegung erfolge. Jede weitere Verhandlung lehnten die Färbereibesitzer ab. Als nun die Genossenführer sahen, in welche Sackgasse sie die Wuppertaler Färber geführt und als ihnen von

den Vertretern der Arbeitgeber überzeugend dargelegt worden war, daß der Kampf in Krefeld längst verloren sei, da belamen diese Führer Angst vor ihrer eigenen Courage. Was tun? Weiter streiken? Nein! das war zwecklos und zudem befürchtete man die Aussperrung. Doch neue Zugeständnisse der Arbeitgeber lagen nicht vor, denn die Lohnhöhung hatten die letzteren bereits vor drei Wochen zugestanden. Die anderen Forderungen waren überhaupt glatt abgelehnt. Verschiedene Versuche, noch etwas herauszuholen, blieben ergebnislos, denn die Färbereibesitzer ließen sich nicht mehr auf Verhandlungen ein. So mußte man sich scheiden und die Arbeit wieder aufnehmen.

Ueber die Beendigung des Färberstreiks berichtet der Generalanzeiger für Elberfeld-Warmen in seiner Nr. 141 vom 19. Juni wie folgt:

„Der Färberstreik beendet.“ Die Färbergehilfen haben gestern abend beschlossen, den Ausstand zu beenden. In den Färbereien wurde infolgedessen heute morgen die Arbeit wieder aufgenommen. Jemand, welcher Zugeständnisse haben die Ausständigen nicht erzielt. Es bleibt bei dem ursprünglichen Angebot der Färbereibesitzer, daß den Färbergehilfen nach Beendigung des Krefelder Streiks, spätestens vom 1. August ds. J. ab, eine Lohnhöhung von 1 M. pro Woche zuteil werden soll. Die Beschränkungen, die den Färbereibesitzern wegen der Verrichtung von Streikarbeit vor dem Ausstand im Wuppertal auferlegt worden waren, sind fallen gelassen worden. Die Färbereibesitzer haben mithin völlig freie Hand hinsichtlich der Ausführung von Streikarbeit. Auch ist es ihrer Entscheidung überlassen worden, welche Arbeiter sie wieder einstellen wollen. Die Einstellung erfolgt nur nach Bedarf.“

Tatsächlich sind denn auch trotz der kurzen Dauer des Ausstandes eine Anzahl Färber nicht wieder eingestellt worden. So hat die Firma Ledebusch z. B. von ihren 27 Arbeitern nur 10 wieder eingestellt.

Wohl noch niemals sind Arbeiter von Verbandsführern so am Narrenseil geführt worden,

wie die sozialdemokratisch organisierten Färber des Wuppertales. Zunächst durften sie Streikarbeit machen soviel sie Lust hatten, Nachts und Sonntags arbeiten; dann mußten sie beschließen, nur noch eine Ueberstunde pro Tag zu machen. Dann wurden die Ueberstunden unter sagt und endlich, nachdem für Krefeld nichts mehr zu retten war, da tritt man in den Ausstand, um jegliche Streikarbeit zu verweigern. Nach anderthalbwöchigem Streik geht man bedingungslos wieder in die Betriebe hinein. So was ist in der deutschen Gewerkschaftsbewegung sicher noch nicht dagewesen wie diese Gewerkschaftsstrategie der sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandsleitung. Zu bedauern sind die armen Arbeiter, welche nutzlos Opfer auf Opfer gebracht. Hoffentlich werden jetzt manchen die Augen geöffnet, damit sie erkennen, daß unsere Mitglieder und unsere Verbandsleitung einzig richtig gehandelt, als sie sowohl in Krefeld wie im Wuppertale es ablehnten, derartige, allen Gewerkschaftsgrundsätzen Hohn sprechende Sprünge mitzumachen und die Arbeiter dadurch vor schweren Schäden bewahrten.

Rente und Volkscharakter.

Die auch an dieser Stelle wiederholt erwähnte Schrift des Berliner Professors Dr. Ludwig Bernhardt: „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“ wird ohne Zweifel noch auf Jahre hinaus das Waffenarsenal für diejenigen bleiben, die sich mit unserer sozialen Gesetzgebung, speziell der sozialen Versicherung noch immer nicht abfinden können und immer wieder neue Fehler und Mängel und ungünstige Einwirkungen auf den Volkscharakter in derselben zu entdecken belieben. Insofern birgt auch das Buch die Gefahr in sich, daß es der sozialpolitischen Reaktion und dem Scharfmachtum Vorschub leistet. Alle diejenigen, die davon überzeugt sind, daß es auf sozialpolitischem Gebiete keinen Stillstand geben darf und daß die vorher genannten Mängel zum größten Teil auf Uebertreibungen sozialpolitischer Schwarzseher beruhen, werden daher freudig eine Gegenschrift begrüßen, in der einer der Mitgeschöpfer unserer gesamten Sozialgesetzgebung, Professor Dr. Hize-Münster, sowie zwei weitere gleichgestimmte Autoren sich mit Herrn Professor Bernhardt auseinandersetzen.

In dem Kapitel seiner Schrift: „Der Kampf um die Rente“ hat Professor Bernhardt, um diesen Kampf in seinen angeblichen unheilvollen Wirkungen auf Volkscharakter und Volkswirtschaft zu schildern, ausschließlich die medizinische Literatur herangezogen. Es ist daher nicht ohne Reiz, dieser und Herrn Bernhardt gegenüber das sachverständige, medizinische Urteil gegenüberzustellen, das Herr Sanitätsrat Fajbender in dem Kapitel: „Das Recht des Arbeiters auf Rente und seine Wirkungen auf den Volkscharakter und die Volkskraft“ der oben zitierten Schrift auf Grund seiner ärztlichen Erfahrungen über diese angeblichen Wirkungen abgibt.

Interessant ist da nun gleich, wie Professor Bernhardt diese medizinische Literatur für seine Zwecke heranzieht. Sanitätsrat Fajbender verweist darauf, daß hinsichtlich des „Kampfes um die Rente“ bisher durchaus keine Einstimmigkeit unter den Ärzten erzielt worden ist und daß die Ansichten derselben in dieser Frage noch ganz gewaltig auseinandergehen. „Herr Bernhardt macht jedoch“, so bemerkt Fajbender, „keinen Versuch, die verschiedenen Anschauungen gegeneinander abzuwägen, sondern er trifft eine, seinen Zwecken dienliche Auswahl und baut dann auf dieser Grundlage sein vernichtendes Urteil über die Sozialgesetzgebung auf. Die einseitige Bewertung medizinischen Materials geht so weit, daß er fast auf jede Äußerung eines selbständigen

Gedankens verzichtet.“ Damit ist die Bernhardsche Schrift, wie auch wir schon wiederholt betont haben, auch von dieser medizinischen Stelle als Tendenzschrift gekennzeichnet.

Nun zu den einzelnen, unerwünschten Folgen der deutschen Sozialpolitik. Was zunächst die krankhafte Rentenlust, die Rentenhysterie, anbelangt, die mit unserer Arbeiterversicherung in einem ursächlichen Zusammenhang stehen soll, so verweist Fajbender Bernhardt darauf, daß dieser selbst auf Seite 70—72 seiner Schrift eigens betont habe, daß es sich hier um ein Krankheitsgebiet handelt, auf dem unter den Ärzten die größte Unsicherheit herrscht. „Wie kommt aber“, so fragt demgegenüber Fajbender mit Recht, „trotzdem der Herr Professor dazu, dieses so wenig zuverlässige Material zu so schweren Vorwürfen gegen unsere Arbeiterversicherung und auch gegen unsere deutsche Arbeiterschaft zu verwenden und dazu noch in einer so einseitigen Weise? Ohne jegliche Berechtigung werden diejenigen Autoren, welche von einer rapiden Entwicklung der Rentenhysterie, von einer bedenklichen Verbreiterung der Rentenlust, von dem deprimierenden Einfluß unserer sozialen Gesetzgebung sprechen, hervorgehoben und ihr Urteil als maßgebend hingestellt, während diejenigen, welche auf Grund ihrer Beobachtungen oder auf Grund einer umfassenden Statistik zu diesem Ergebnis nicht gelangt sind, entweder unbeachtet gelassen oder als unzuverlässig hingestellt werden.“ Also obwohl die Meinungen der Sachverständigen in der hier berührten Frage auseinandergehen und es daher unangebracht ist, entsprechende weitgehende Folgerungen zu ziehen, scheint der Nationalökonom Bernhardt mit seinem Urteil fertig zu sein. Interessant ist in der hier berührten Frage auch folgender Satz von Prof. Hize in seiner Schrift (S. 104): „Wenn einmal unsere Steuerbeamten ein Bild der „Steuerhysterie“ und der bezüglichen Ursachen und Erfolge der „Simulation“ Uebertreibung usw. bei den Steuererklärungen geben, oder wenn etwa die Zollbeamten ihre Erfahrungen selbst bei Personen der ersten Gesellschaftsklassen veröffentlichen wollten, zweifellos würde die Ausbeute weit interessanter und reichhaltiger sein, als es die medizinische Literatur bezüglich der Rentenlust der Arbeiter für Herrn Bernhardt war.“

Als weitere unerwünschte Wirkungen oder Folgen der sozialen Gesetzgebung wird von Professor Bernhardt die Verlängerung der Heilungsdauer bei Verletzungen hingestellt. In Bezug auf den ersten Punkt muß, so betont Fajbender, zugegeben werden, daß der nicht Versicherte durchschnittlich nach einer erlittenen Verletzung die Arbeit eher aufnimmt, als der Versicherte. Gewöhnlich schiebt man es von chirurgischer Seite darauf, daß der verletzte Versicherte das Heilverfahren nicht unterbricht, weil er an einer möglichst raschen und vollständigen Heilung kein Interesse habe. Wir dürfen aber nicht vergessen, so bemerkt Fajbender weiter, daß früher, vor Einführung des Unfallversicherungsgesetzes, mancher Verletzte unter dem Zwange der bitteren Not die Arbeit früher aufnahm, als es im Interesse seiner Gesundheit wünschenswert war, und daß dies bei Nichtversicherten auch heute noch häufig der Fall ist. Während früher die Ärzte ihre verletzten Patienten meist mit dem Abschluß des Heilverfahrens, manchmal sogar vor dem definitiven Abschluß desselben aus den Augen verloren, sind sie jetzt gezwungen, den Zustand derselben bis zur Aufnahme der Arbeit und darüber hinaus genau zu verfolgen. Wenn also die Ärzte ihre Anschauungen über die Heilungsdauer nach der Einführung des Unfallversicherungsgesetzes gewechselt haben, bzw. wechseln müssen, so sei daraus noch kein Vorwurf für letzteren abzuleiten.

Was nun endlich die Behauptung Bernhards anbelangt, durch das Streben nach einer Rente werde der Arbeiter zu einer bewußten Uebertreibung seiner Beschwerden oder zur Simulation veranlaßt, so vertritt demgegenüber mit guten Gründen Sanitätsrat Fajbender die Anschauung, daß betreffs der Häufigkeit der Simulation überhaupt nichts Bestimmtes gesagt werden könne, da das bezügliche statistische Material als sehr unzuverlässig bezeichnet werden müsse. Es lasse sich dieses ohne breite Polemik mit wenigen Sätzen aus den Ausführungen Bernhards selbst erweisen. Zunächst sagte er:

„Alle statistischen Feststellungen über die Häufigkeit der Simulation sind, wenn ich an dieses Selbstverständliche erinnern darf, nur Zahlenangaben darüber, wie oft die Simulation entdeckt worden ist. Da es nun nach dem Urteil der erfahrensten Ärzte in Unfallsachen zahlreiche Fälle, in denen die Entdeckung der Simulation teils unmöglich sei, teils nur selten gelinge, so könne man hierbei von Feststellungen im strengen Sinne der Statistik überhaupt nicht reden.“

Aus diesem Geständnis Bernhards dürfte man wohl den Schluß ziehen, daß seine obige Behauptung von der Häufigkeit der Simulation sich mehr auf eine vorgefaßte Meinung als auf Tatsachen stütze.

Bernhardt hat nun einige Reformvorschläge gemacht, deren Wichtigste wohl die Kapitalabfindung statt der Rente ist. Fajbender geht darauf näher ein, kann sich davon aber nicht viel versprechen. Weit sympathischer sind ihm dagegen andere Vorschläge, die in sozialpädagogischen Maßnahmen gipfeln, in der Hebung unseres Volkes auf ein höheres geistiges und sittliches Niveau. Ähnlich hat sich vor kurzem noch der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann sowohl auf der am 18. März d. J. stattgefundenen Tagung berufsgenossenschaftlicher Verwaltungen zu Dortmund, als auch in einer Anfang April im Reichsversicherungsamt tagenden Vollkonferenz der deutschen Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten geäußert, indem er ausführte, daß das erzieherische Moment in der Arbeiterversicherung noch mehr herausgearbeitet werden müsse, und indem er auf die Bedeutung einer idealen, von ernster Religiosität getragenen Gesinnung und sittlichen Kraft hinwies, die allein über das Schicksal eines Volkes entscheiden.

Allgemeine Rundschau.

Schöne Erfolge des christlichen Metallarbeiterverbandes. Die rührige und entschiedene Arbeit des christlichen Metallarbeiterverbandes hat auch im Jahre 1912 den Mitgliedern schöne Erfolge eingebracht.

Zu berichten ist über insgesamt 289 Bewegungen, an denen 13488 Mitglieder beteiligt waren. 207 Bewegungen wurden auf friedlichem Wege erledigt, in 82 Fällen kam es zum Kampf.

Der Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands beschäftigte sich auf seiner Mitte Juni in Offenbach abgehaltenen 7. Generalversammlung mit einer Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswezens, der Agitation, den Lohnbewegungen und mit dem Hausarbeitsgesetz.

Gegen den Zollschutz in der Textilindustrie. In einer Textilarbeiterversammlung in Plauen hat unlängst der „wirtschaftspolitische Schlauberger“ und „Nagelschuhpolitiker“ Krähig ein ganz albernes Zeug über „die deutsche Zollpolitik und die Handelsinteressen der Textilindustrie“ zusammengeschwätzt.

Bei Mutter Bergler.

Man mußte Mutter Bergler für ihre fünf Kinder selber sorgen. Wie schwer das war!

Mit Waschen wollte sie sich Verdienst schaffen. Aber der reichte längst nicht für alles aus. Es mußte schon andere Hilfe dazu kommen. Und sie kam. Die Armenpflege, Vereine und gute Leute gaben ihr.

Umso mehr argwöhnten und mißtrauten diese zusammen. Weil Mutter Bergler von Natur gekrümmte Haare hatte, sagten sie, die wären gekramt. Die kräftige Figur, hm, die käme wohl vom guten Essen!

Die Witwe aber wußte nichts von alledem. Starb trag sie das schwere Arbeitsleben, den Kindern zutriebe. Die Nachbarinnen wußten freilich an dem Reiz des Argwohn.

Eines Tages stand Mutter Bergler am Bachhosp. Die kräftigen Arme fleißig regend, war ihr warm geworden. Das gaben ihre liebhaft geröteten Wangen kund.

Da kam ein in der Stadt wohlbekannter Herr zu Mutter Bergler. Er hätte gehört von ihrer Armut, wollte mal eben nachsehen. Und nach den Kindern fragte er. Zuletzt aber rißte er heraus, indem er die Nachbarin mit einem nicht mißzuerkennenden Nicken ansah: Er möchte mal wiederkommen, und wenn sie Unter-

benützlichem Unternehmisse in der Zoll- und Handelspolitik an den Tag gelegt. Seine „Beweisgründe“ waren Phrasen und Schlagwörter. Und doch redet er von dem „Phrasengebreche“ der Schutzöllner.

Er sprach von dem „Freihandelsland“ England, wo der Arbeiter höheren Lohn habe als in Deutschland und wo die Industrie mit technisch vollkommeneren Maschinen arbeite. Da hat Krähig, wie's so seine Art ist, in seiner großen Ahnungslosigkeit Ursachen und Folgen total durcheinandergerworfen.

Noch in einem anderen Punkte zeigte der „Nagelschuhpolitiker“ in der Plauener Versammlung seine gänzliche Ahnungslosigkeit. „Die Schutzöllnererei in Deutschland wird,“ so jagte er, in gleicher Weise vom Ausland erwidert.

Krähig fordert als Folge seiner „Wissenschaft“ die Abschaffung aller Zölle, auch der für die Textilindustrie. Damit erweist er der Textilindustrie und ihrer Arbeitererschaft einen sehr schlechten Dienst.

Notes Streikbruchgeschrei. Christlich organisierte Textilarbeiter sollen in Bayreuth bei der Firma Bayerlein Streikbruch verüben. So behauptete die sozialdemokratische Presse. Wie liegen um die Dinge?

Rückung nötig hätte, er wäre geneigt, von Zeit zu Zeit zu kommen.

In Mutter Bergler stieg bei diesen Worten jäh ein heißer Zorn auf, und er spiegelte sich in ihren funkelnden Augen, als sie sprach:

Man will ich Ihnen bloß eins sagen: Ein braves Mädchen ist immer noch eine brave Frau gewesen, und eine brave Frau ist immer noch eine brave Witwe geblieben.

Daraufhin war der Herr gleich gegangen. Mutter Bergler aber war weinend auf den nächsten Stuhl gesunken.

Bei Mutter Bergler hatte sich die Erregung bald wieder gelegt. Fleißiger denn je schaffte sie, um das nötige Brot ehrlich zu verdienen.

Der so energig abgewiesene hingegen bekam keine Ruhe. Er sann auf Rache. Und sein Plan war bald fertig.

Mutter Bergler aber verwunderte sich, daß die Hilfe von seiten der Vereine immer weniger wurde und — mit einem Male ganz ausblieb.

In höchster Not wandte sie sich an eine ihrer früheren Wohltäterinnen. Da erfuhr sie eine merkwürdige Sache.

Was war nur geschehen? Wollte man an ihre Armut nicht mehr glauben? Wie sollte sie ohne fremde Hilfe mit den Kindern leben?

Aufklärung, ja, das mußte sie nun haben. Sie ging nochmals zu der bekannten Dame und fragte bittend, wie es doch so ganz anders gekommen war.

Und nun sollte sie alles erfahren. Die Schuppen fiel es von den Augen der Witwe. Welch ein engmaschiges Lügennetz war um sie gewoben worden!

Aufklärung, ja, das mußte sie nun haben. Sie ging nochmals zu der bekannten Dame und fragte bittend, wie es doch so ganz anders gekommen war.

zu wollen. Die erst während dem Streit erhobenen Lohnforderungen lehnte sie ab, erklärte sich aber bereit, auf eine Garnqualität eine Zulage zu geben.

Bei diesem Streit kamen christlich organisierte Arbeiter nicht in Betracht. Wohl aber hatte unser Verband vor dem Streit schon Verbindungen angeknüpft zwecks Gründung einer Ortsgruppe.

Am 17. Mai kam es nun neuerdings zum Streit. Als Grund gaben die Genossen Maßregelungen und Lohnreduktion an. Tatsächlich wurden sieben Arbeiter entlassen, aber einige wegen Bedrohung, Beleidigung und Mißhandlung von Mitarbeitern, die andern wegen Trunkenheit und Gehorsamsverweigerung.

Ein eigentlicher Streikgrund lag nicht vor. Sowohl die christlich organisierten, als auch die unorganisierten Arbeiter weigerten sich darum, den Streit mitzumachen, zumal auch die Entlassungen zu Recht erfolgt waren.

Der christliche Textilarbeiterverband wird, um dem roten Streikbruchgeschrei ein Ende zu machen, eine gerichtliche Klagestellung dieser Vorgänge herbeiführen. Er hat bereits veranlaßt, daß gegen den Herausgeber eines Schimpfzettelblattes über die Haltung der christlich organisierten Arbeiter in der Bayreuther Bewegung der Klageweg beschritten werde.

Wo sitzen die Streikbrecher? In der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse wird gegen die christlichen Gewerkschaften, und speziell gegen unseren Verband andauernd der Vorwurf des Streikbruchs und des Arbeiterverrats erhoben, eine Agitationsweise, die in der Öffentlichkeit absolut keinen Eindruck mehr hervorufen kann.

„Zu bedauern ist, daß eine Anzahl Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes, nach deren Angabe mit Erlaubnis der Organisationsleitung, als Oberbeizer und

verdichtete, nachdem diese einen „Herrn“ zur Witwos kommen sahen. Dann wies die Dame darauf hin, daß jemand ihr Nachricht gebracht habe, jetzt wäre Mutter Bergler nimmer unterstützungsbedürftig.

Mutter Bergler war keines Wortes fähig. Jeder Vorwurf schnürte ihr die Kehle enger zusammen. Sie sah der Menschen Bosheit. Und sie selbst war ein wehrloses Weib.

Als die Dame völlig geendet hatte, da rang es sich von der Seele der bedrängten Witwe los — ein Satzgefüge, wie sie es noch nie gesprochen. Darin rief Mutter Bergler Gott als Zeugen an, daß sie die Wahrheit spreche, weil sie immer ehrlich gehandelt hatte.

„Kriegen Sie mich doch“, sagte ich im hellen Scherzton, da ich instinktiv fühlte, wie meinen Begleiterinnen die Seite der Frau gefährlich dünkte.

„D, wenn ich sie so sehe, die feinen „Herren“ und die Damen, wie sie daherrauschen in ihren feidenen Kleidern, dann möchte ich aufspringen und sie kriegen.“

„Kriegen Sie mich doch“, sagte ich im hellen Scherzton, da ich instinktiv fühlte, wie meinen Begleiterinnen die Seite der Frau gefährlich dünkte.

„Kriegen Sie mich doch“, sagte ich im hellen Scherzton, da ich instinktiv fühlte, wie meinen Begleiterinnen die Seite der Frau gefährlich dünkte.

„Kriegen Sie mich doch“, sagte ich im hellen Scherzton, da ich instinktiv fühlte, wie meinen Begleiterinnen die Seite der Frau gefährlich dünkte.

„Kriegen Sie mich doch“, sagte ich im hellen Scherzton, da ich instinktiv fühlte, wie meinen Begleiterinnen die Seite der Frau gefährlich dünkte.

„Kriegen Sie mich doch“, sagte ich im hellen Scherzton, da ich instinktiv fühlte, wie meinen Begleiterinnen die Seite der Frau gefährlich dünkte.

„Kriegen Sie mich doch“, sagte ich im hellen Scherzton, da ich instinktiv fühlte, wie meinen Begleiterinnen die Seite der Frau gefährlich dünkte.

Textilarbeiter- und Arbeiterinnen Deutschlands! Der Färberstreik in Krefeld ist jämmerlich zusammengebrochen. Die sozialdemokratische Verbandsleitung hat den bedingungslosen Abbruch des Kampfes beschlossen. 17 Wochen hindurch ist sinn- und nutzlos gestreikt worden. Ueber eine halbe Million Mark Gewerkschaftsgelder wurden buchstäblich in den Dreß geworfen. Mehrere hundert Färber bleiben auf der Straße. Das ist der „Erfolg“ der „gloriosen“ Taktik des „deutschen“ Verbandes. Heraus aus dieser Organisation des Arbeiterverrates.

Sinein in den christlichen Textilarbeiterverband!

Maschinenassistenten die Stellen der Ausgesperrten besetzen und damit den Kampf ebenfalls bedeutend erschweren, während die sonst noch in Frage kommenden freien Gewerkschaften strengste Solidarität üben.“

Hier wirkt also eine sozialdemokratische Organisation ihrem Bruderverband organisierten Streikbruch vor. Von einer Enttäuschungsaktion in der sozialdemokratischen Presse über diesen Arbeiterverrat hat man selbstverständlich nichts gelesen.

Die doppelte Moral des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Schon wiederholt konnten wir dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband nachweisen, daß er in seinen Domänen bei Lohnbewegungen und Streiks eine andere Taktik einschlägt, als da, wo er weniger stark in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Strumpfwirker in Zeulenroda konnten diese zweite Taktik am eigenen Leibe verspüren. Im Dezember 1912 unterbreiteten die Wirker der Firma Schopper dieser eine Eingabe, in welcher eine Erhöhung der Löhne um 15 Prozent gefordert wurde. Die Firma zeigte damals Entgegenkommen und bewilligte eine allgemeine Erhöhung von 5 Prozent, selbst die Ersatzlöhne bei Reparaturen erfuhren eine Verbesserung. Diese fünfprozentige Lohn-erhöhung konnte jedoch der Arbeiterschaft auf die Dauer nicht genügen und so trat der sozialdemokratische Textilarbeiterverband bereits im Frühjahr d. Js. mit einer neuen Lohnforderung hervor. Diese neue Forderung aber ist das gerade Gegenteil von dem, was die Arbeiterschaft sonst vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband gewöhnt ist. Sie belief sich auf ganze fünf Prozent Lohn-erhöhung für alle Artikel. Die Firma Schopper lehnte mangels der gesamten Forderung ab. Die sozialdemokratische Verbandsleitung kehrte den starken Mann heraus; die sozialdemokratische „Neuphische Volkszeitung“ tat ihr übriges, um die Arbeiterschaft zur Einreichung der Forderung zu veranlassen. Jeder glaubte, daß nunmehr durch einen Kampf die Forderung durchgedrückt werden sollte. Aber die Arbeiterschaft sollte eine Täuschung erleben. Nachdem die Firma auf einige minder lohnende Artikel drei Prozent bewilligt hatte, gab sich die sozialdemokratische Verbandsleitung die größte Mühe, von einem Kampfe abzuraten. Ein Teil der Strumpfwirker muß von diesem Vorgehen des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes genug gehabt haben, dieser erschienen nicht in der Schlussversammlung. Ungefähr ein Drittel der organisierten Wirker blieb der Versammlung fern. Und mit Recht, gingen doch eine ganze Anzahl der Arbeiter bei dieser Bewegung ohne Lohnzulage aus. Die sozialdemokratische „Neuphische Volkszeitung“ zeichnet über die Schlussversammlung folgendes Stimmungsbild:

Die Beendigung ist mit gemischten Gefühlen beschlossen worden. Die große Mehrheit (soll wohl heißen: die sozialdemokratische Verbandsleitung, D. B.) jedoch sagte sich, Herr Schopper hat wieder etwas bewilligt und es ist besser, die Arbeiter begraben die Streitart und gehen sich vorläufig zufrieden. Eine Anzahl Kollegen haben aber keine Freude an diesem Uebereinkommen, weil sie eben leer ausgegangen sind.

Kommentar hierzu überflüssig.

Die „Neutralität“ der „freien“ Gewerkschaften. In einer Abhandlung über Idealismus legt die sozialdemokratische Holzarbeiter-Zeitung (Nr. 15, 1913) folgendes Bekenntnis über Idealismus ab:

„Freilich nennen sich Pfaffen und ähnliche Leute nicht selten Idealisten. Wir wollen ihnen die Freude lassen. Aber das eine müssen wir sagen: Solchen Idealismus, der verworrenen und spielerischen Ideen nachgeht, brauchen wir nicht. — Der philosophische Idealismus des Theologen, der davon ausgeht, daß die Welt das Spielzeug eines Gottes sei und die Menschen und die Dinge nach dieser Idee behandelt wissen will, ist für die moderne Welt ein abgetanes Spielzeug des menschlichen Geistes.“

Noch zynischer wird Gott und die Religion bekämpft in einer Artikelserie, überschrieben: „Vom Tiermenschen zum Kulturmenschen“, die von mehreren „freien“ Gewerkschaftsorganen kürzlich zum Abdruck gebracht wurde. Da Gott, Schöpfer und alles, was mit der Religion zusammenhängt, mit einer ebenso ungläubigen Oberflächlichkeit wie fanatischen Gehässigkeit abgetan. Die Tendenz des Laborats kommt in den zwei Sätzen („Grundstein“ Nr. 16, 1913) zum Ausdruck:

„Diese Vermenschlichung des Tiermenschen ist das Ergebnis einer Jahrtausende langen Entwicklung, nicht aber das Werk eines außerweltlichen Schöpfers. Nicht ein Herrgott hat Gerechtigkeit und Liebe ins Menschenherz gepflanzt, denn die ursprünglichen Menschen kennen weder die eine noch die andere, sondern die Tiermenschen haben unter unsäglichen Mühen ihre Tierheit abgestreift und sich zum Menschtum emporgeworfen.“

Das nennen die „freien“ Gewerkschaften „religiöse Neutralität“ und haben es mit dieser dreifachen Irreführung fertig gebracht, Tausende von christlichen Arbeitern anzulocken. Haben auch heute noch die Dreifaltigkeit, unter der falschen Flagge der Neutralität in christlichen Gegenden Agitation zu betreiben.

Eine sozialdemokratische Verherrlichung unserer deutschen Arbeiterversicherung. In Leipzig fand in den Tagen vom 18. bis 20. Mai eine Tagung der „Freien Vereinigung sächsischer Ortskrankenkassen“ statt. Ein Herr Pollender-Leipzig hielt im Auftrage des Vorstandes der Leipziger Ortsklasse eine Begrüßungsansprache. Herr Pollender ist der sozialdemokratische Vorsitzende der in sozialdemokratischen Händen sich befindlichen großen Leipziger Kasse. Dieser Genosse führte zur Begrüßung aus:

„Mögen Ihre bevorstehenden Verhandlungen dazu beitragen, den Ruhm unsres Landes, an der Spitze der deutschen Arbeiterversicherung zu marschieren, von neuem zu stärken und ihm immer mehr Verechtigung zu geben. Es ist gewiß eine Achtung heischende Organisation, auf der die deutsche Arbeiterversicherung und damit ein bemerkenswertes Stück deutscher Volkswohlfahrt aufgebaut ist. In den 29 Jahren ihrer Existenz hat die reichsgesetzliche Krankenversicherung eine großartige Tätigkeit entfaltet. Mit Recht können wir stolz sein auf die Leistungen, die sie vollbracht hat. Von den neun Milliarden Mark Ausgaben der Arbeiterversicherung überhaupt fallen 5 Mill. allein auf die Krankenversicherung. Diese Kollektivarbeit ist ein Stück Kultur der Menschheit und der Menschlichkeit. Daß wir aber auch weiter der Lösung vorwärts zu folgen, unsre Krankenversicherung auszubauen und die soziale Fürsorge zu erweitern haben, das muß nachdrücklich auch gerade in der jetzigen Zeit, in der es sich um die Anpassung an die neue Gesetzgebung handelt, betont werden. Der deutsche Volkskörper hat die Mittel flüchtig zu machen, die erforderlich sind, sich selbst zu kräftigen. Das ist eine herrliche, wahrhaft patriotische Aufgabe!“

Nachdem er ein paar böshafte Bemerkungen über den „Militarismus“ gemacht und innerhalb der Krankenversicherung „die frische, lebensfrohe Tatkraft des vorwärtsdringenden Arbeitselements, unterstützt von der menschenfreundlichen Gesinnung der Arbeitgeber“ gefordert hatte, fuhr er fort:

„Wir stehen hier überhaupt auf historischem Boden. Wie vor hundert Jahren unser Leipzig der Schauplatz gewaltiger Volkskämpfe um die Befreiung von undeutscher politischer und militärischer Herrschaft war, so hat auch vor einem halben Jahrhundert Leipzig den Schauplatz der Anfänge selbstbewußter Regungen und Bestrebungen nach Freiheit und Brot und damit den Schauplatz der großartigsten Kulturbewegung aller Zeiten gebildet, der neben anderem auch die ganze deutsche Sozialgesetzgebung konzipiert werden mußte.“

Als Träger der deutschen Krankenversicherung haben wir eine herrliche Aufgabe der Volksfürsorge zu vollbringen und auszuführen, was unsre Selbsterhaltung und unsre Zukunft erheischen! Mit einem Wort: die Selbstverwaltung in der Krankenversicherung muß auch in Zukunft der wirksamste Faktor in der deutschen Sozialversicherung sein! So groß und umfassend diese unsre Aufgabe ist, so lohnend ist aber auch das Bewußtsein, daß jeder an seinem Teile mithilft, den versicherten arbeitenden Volksschichten ihr Recht werden zu lassen.“

Neben diesem ersten Teil unsrer Tagung möge aber auch ein jeder in gesellschaftlicher und geselliger Beziehung gern auf Leipzig zurückblicken können! Die internationale Kaufhaus-Ausstellung, die gegenwärtig auf den Schlachtfeldern des Südoften abgehalten wird, wird sicherlich dazu beitragen, unsre Kraft und Energie zu stärken, damit erfüllt werde unsre Mission, die deutsche Arbeitergesetzgebung unzufliehen in die Tat zum Ruhme und zu Ehren unsres ganzen Landes und unsrer Stadt Leipzig, die gern die Vertreter der sächsischen Ortskrankenkassen in diesen Tagen beherbergt und bewirft. Mehr denn je haben wir auch auf dieser Tagung Anlaß, zu wetteifern in dem Bestreben, dem arbeitenden Volke das Beste zu bieten, über das wir verfügen, und der deutschen Sozialgesetzgebung lebendigen Inhalt zu geben. Wenden wir vor allem die soziale Fürsorge dem weiblichen Geschlecht zu! Die Familienversicherung ist einer der Hebel, das ganze Menschengeschlecht widerstandsfähiger zu machen. Schutz vor Ueberanstrengung und Bekämpfung aller Krankheitserscheinungen ist der Weg, uns lichterem Höhen zuzuführen. Was Gesetz und Satzung den Frauen gewährt — das ist das Pfund, mit dem wir wuchern müssen. Möge uns ein gütiges Geschick das Erlöschen der höchsten sozialen Stufenleiter ermöglichen durch ernste, aber frohe Arbeit, an deren Lohn es im Bewußtsein erfüllter Pflicht nicht mangeln wird.“

Diese Rede, die sich mit ihrem patriotischen Unterton im Munde eines Genossen doppelt seltsam ausnimmt, ist ein einziges Lob- und Hobebed auf unsere deutsche Arbeiterversicherung. Nicht immer könnte es so aus sozialdemokratischem Munde. Die Zeit ist nicht allzufern, wo der Hinweis auf die „erbärmlichen Bettelpeinnige“ der Arbeiterversicherung eine beliebte sozialdemokratische Agitationsphrase war, mit der man die unfruchtbare Bernetzungspolitik der sozialdemokratischen Reichstags-

fraktion zu begründen suchte. Die Rede Pollenders enthält unbeabsichtigt die schärfste Beurteilung der von der Sozialdemokratie betriebenen kindischen Mes- oder Nichtspolitik. Sie ist zugleich eine glänzende Rechtfertigung der positiven, aufbauenden sozialreformerischen Tätigkeit der bürgerlichen Parteien.

Der Verband westdeutscher Konsumvereine ist auch im Jahre 1912 wieder ein gut Stück vorwärts gekommen. Die Zahl der dem Verbands angegeschlossenen Vereine stieg von 103 am 1. Januar 1912 auf 131 zum Schluß desselben Jahres. Leider sind auch drei Vereine aus dem Verbands ausgeschieden. Fünf Vereine haben sich mit größeren Nachbarvereinen verschmolzen, in der Erkenntnis, daß auch auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens große, leistungsfähige Vereine am sichersten in der Lage sind, die genossenschaftlichen Aufgaben reiflos zu erfüllen. Die Zahl der den Verbandsvereinen angeschlossenen Mitglieder betrug am 1. Januar 1912 76 002 und am 31. Dezember 1912 97 606, also ein Mehr von 21 604, gleich 28,4 Prozent.

Eine erhebliche Steigerung hat im Berichtsjahre auch der Umsatz, soweit er im eigenen Geschäft erzielt wurde, erfahren. Er betrug im Jahre 1911 23 329 966,—, dagegen im Jahre 1912 Mark 32 183 758,03. Der Mehrumsatz beträgt Mark 8 853 792,03 oder 37,8 Prozent. Der Umsatz im Lieferantengeschäft stieg nur um 12,8 Prozent, eine Steigerung, die, so heißt es in dem Bericht, in den nächsten Jahren wohl noch mehr zurückgehen wird, da das Lieferantengeschäft von den Konsumvereinen nur als notwendiges Uebel betrachtet wird. Hoffentlich wird sich im Laufe der nächsten Zeit ein Weg finden, der den Vereinen ermöglicht, dasselbe ganz aufzugeben.“ Der Umsatz desselben Betrug 1911 Mark 3 773 911,— und im Jahre 1912 Mark 4 256 077,35, also mehr Mark 482 166,35.

Der Gesamtumsatz betrug demnach 1911 Mark 27 103 877,—, dagegen 1912 Mark 36 439 835,38. Der Mehrumsatz erreicht also die respectable Höhe von Mark 9 335 958,38 gleich 34,4 Prozent. Mit dieser Entwicklung darf unser Verband zufrieden sein. In dem Umfange ist wie im Vorjahre auch derjenige der Groß-Einkaufs-Zentrale mit eingerechnet, weil diese ja auch als genossenschaftliches Unternehmen dem Verbands angehört.

Eigenproduktion betrieben 5 Vereine. 3 besitzen Bäckereien, 2 Metzgereien. 2 Verbandsgenossenschaften sind reine Produktivgenossenschaften. 1 Verein betreibt Druckerei und 1 Genossenschaft Zigarrenfabrikation. Die Höhe des Umsatzes der Eigenproduktionsbetriebe betrug Mark 1 892 842,72. Dieser Betrag erscheint zum Gesamtumsatz noch recht bescheiden, doch dürfte sich im laufenden Jahre dieses Verhältnis wesentlich ändern, da in der Eigenproduktion erhebliche Fortschritte von den Verbandsvereinen gemacht werden. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug 1397, davon 1005 weibliche und 392 männliche. Der Ueberschuß der Verbandsvereine erreichte die Höhe von 943 391 Mark. Hieron wurden 678 780 Mark auf den Einkauf den Mitgliedern zurückvergütet. Außerdem erhielten die Mitglieder den festgesetzten Rabatt in Höhe von Mark 1 679 203,57. Die gesamte Rückvergütung betrug demnach Mark 2 357 984.

Erfreulich ist, daß im Verbands westdeutscher Konsumvereine auch dem genossenschaftlichen Bildungswesen große Aufmerksamkeit gewidmet wird. Der Verband gibt ein eigenes Organ (Konsumgenossenschaftliche Praxis) für die Vorstände und Vertrauensmänner der Konsumvereine heraus. Es erschien am 31. Dezember 1913 in einer Auflage von 1609. Das Organ für die gesamten Mitglieder wird in einer Auflage von 42 336 Exemplaren verteilt.

Der Bericht schließt mit folgenden Worten: „Wenn wir hinschauen auf all die Schwierigkeiten, auf all die Kämpfe der Gegner gegen uns, und wenn wir trotzdem in eben dargelegter Weise fortgeschritten sind, dann gibt das Vertrauen in die innere Kraft unsrerer Genossenschaftsbewegung uns neuen Mut, weiter zu arbeiten für unsere gute Sache.“

Ein königlicher Erlass zur Jugendpflege ist am Tage der Jubelfeier des Monarchen veröffentlicht worden. Dieser an den Kultusminister gerichtete Erlass, der durch den festlichen Rahmen eine besondere geschichtliche Bedeutung erhält und das lebhafteste Interesse des Kaisers für die Gesundheit des „jungen Deutschland“ bekundet, lautet:

Am heutigen Tage ruht Mein Auge mit besonderem Wohlgefallen auf dem bisherigen Erfolge der erst vor wenigen Jahren von Mir angeregten Bestrebungen, die auf eine umfassendere Förderung der geistigen und körperlichen Wohlfahrt

der schulentlassenen Jugend gerichtet sind. In Stadt und Land haben sich staatliche und kirchliche Behörden, Kreis- und Gemeindevereine, Vereine und Verbände aller Art, väterländisch gesinnte Männer und Frauen aus den verschiedensten Ständen und Berufen mit opferwilliger Begeisterung und hingebender Zune in den Dienst der Jugendpflege gestellt und sie durch Stiftungen, Beiträge und persönliche Tätigkeit gefördert. Dies für sämtlichen Beteiligten Meinen landesväterlichen Dank und Meine Anerkennung auszusprechen, ist Mir ein Bedürfnis und eine Freude. Ich werde dem frischen Streben der heranwachsenden Jugend sowie allen, die ihr zu fröhlichem Gedeihen an Leib und Seele zu helfen bemüht sind, auch weiterhin Mein lebhaftes Interesse und Meinen königlichen Weisung zuwenden und gebe Mich der Hoffnung hin, daß es bald gelingen wird, eine einheitliche Organisation zu schaffen, die es Mir ermöglicht, zu diesem Mir sehr am Herzen liegenden Werke in noch nähere Beziehung zu treten. Gott aber schenke dem Werke seinen reichen Segen zum Heile der deutschen Jugend, zum Segen des Vaterlandes!

Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.

Berlin, den 16. Juni 1913.

Wilhelm R.

„Der Geist, der aus diesem Erlaß spricht“, schreibt dazu die „Soziale Praxis“, „verheißt auch den sozialpolitischen Bestrebungen für die schulentlassene arbeitende Jugend kräftige Förderung. Denn Vorbedingung für die körperliche und geistige Wohlfahrt der Jugend, die gezwungen ist, aus der Volksschule sogleich in die Erwerbsarbeit einzutreten, ist eine verständige Beschränkung dieser Arbeitslasten, bis der jugendliche Organismus ausgereift und tragfähiger geworden ist, und Gewährung hinreichender Ruhe zur leiblichen und geistigen Entfaltung des jungen Menschen. Darum werden auch der Handelsminister und der Staatssekretär des Innern ihrerseits beitragen müssen, damit dieser an den Kultusminister gerichtete Erlaß in allen Stücken im Sinne seines hohen Veränders Erfüllung finde! Dazu dürfte vor allem auch die Ausdehnung des Schutzes für jugendliche Fabrikarbeiter bis auf 18 Jahre, d. h. auf die Dauer der Fortbildungspflicht, gehören. Es sei als Jubiläumserinnerung bei dieser Gelegenheit ins Gedächtnis zurückgerufen, daß die Reichsregierung bereits im Jahre 1890 auf das Programm der Ersten internationalen Arbeiterversammlung, die der junge Kaiser nach Berlin einberief, die Frage der Schutzeserhöhung bis zu 18 Jahren gestellt hatte. Damals stimmte Deutschland mit sieben anderen Staaten dafür, daß den jungen Männern von 16 bis 18 Jahren Schutz gewährt werde in Betreff a) eines Maximalarbeitstages, b) der Nachtarbeit, c) der Sonntagsarbeit, d) ihrer Verwendung bei besonders ungesunden oder gefährlichen Arbeiten (Umtliche Protokolle S. 75, 76 und 80). Heute, fast 25 Jahre nach jenem grundsätzlichen Beschlusse, dürfte die Frage für Deutschland wohl auch in der Praxis spruchreif sein!“

Aus unserer Industrie.

Der internationale Baumwollkongress

tagte in Scheveningen (Niederlande) unter Teilnahme von Delegierten aus Amerika, Asien und aller Staaten Europas unter dem Vorsitz des Präsidenten der niederländischen Baumwollspinner und -weber, Herrn Ter Huile-Enschede. Der Bericht über die Tätigkeit des internationalen Baumwoll-Verbandes wurde durch dessen Präsidenten Sir Charles W. Macara-Rauchester erstattet. Danach umfaßt der Verband die Weitzer von 80179158 Spindeln und 592755 Webstühlen. Dieses bedeutet gegen das Vorjahr eine Zunahme von 2718934 Spindeln und 16754 Webstühlen. In Deutschland gehören rund 9 Millionen Spindeln und 100000 Webstühle der internationalen Organisation an. Der Rechnungsbericht wurde durch Herrn Kommerzienrat Langen, M.-Glabbach, den Vorsitzenden der Vereinigung rheinisch-westfälischer Baumwollspinner erstattet.

Der Baumwollanbau in den deutschen Kolonien wurde in einem Referate des um die Förderung der Baumwollkultur in den Kolonien hochverdienten Herrn Moritz Schanz in Chemnitz beleuchtet. Herr Schanz hob hervor, daß die Produktion eine erfreuliche Steigerung aufweist. Verglichen mit den Resultaten der andern kolonisierenden Mächte in Afrika stellt der Referent fest: Bei Reagen in Ballen von 250 Kilogramm brachten die englischen Kolonien 1912 schätzungsweise 58000 Ballen, die deutschen 11000, die italienischen 4800 und die französischen Kolonien 2700 Ballen hervor. Für das Jahr 1913 hofft man auf eine Gesamtproduktion von 100000 Ballen im tropischen Afrika.

Der deutsche Baumwollgarn-Kontrakt wurde in einem Referate des Herrn Dr. Häfner, Generalsekretär des Verbandes süddeutscher Baumwoll-Industrieller, eingehend erörtert. Das Referat stellt fest, daß die deutsche Baumwollspinnerei, ebenso die Baumwollwebererei nunmehr vor der erfreulichen Tatsache steht, daß nicht nur die kommerziellen Bedingungen für den Garnehandel, sondern auch die Feststellung der technischen Grundlagen für das Garnegeschäft einheitlich geworden sind.

Der Lage auf den Wollmärkten

wird amtern 20. Juni berichtet: Die Situation auf dem Wollmarkt hat sich in der letzten Woche wenig geändert, trotz weiter anhaltender Ruhe sind die Preise unverändert fest geblieben und es hat den Anschein, als wenn die Spinner heute noch weniger zu Konzessionen geneigt sind, als sie es vielleicht vor einigen Wochen waren. Man hat in Spinnerkreisen genügend Vertrauen für die Zukunft, die Vereinbarung des Wollkaufvertrages läßt eine weitere Vermehrung des auch ohnehin sehr groß gewordenen Konjunktur erwarteten, und da die Beschäftigung in fast allen Spinnereien außerordentlich gut ist, so bleibt das Fortbestehen der hohen Preise für die nächsten Monate außer Zweifel.

zurzeit erwartet man mit Spannung den Beginn der nächsten Londoner Wollauktion, der auf den 1. Juli festgesetzt ist. Die Neuauskünfte von Kolonialwollen für diese Versteigerung setzen in unvermindertem Maße fort. Seit dem Schluß der Wollauktion für die letzte Auktion sind bis jetzt bereits 216000 Ballen angekommen, wovon 112500 Ballen direkt nach dem Kontinent, Vorkahre usw. gingen. Rechnet man zu den übrigbleibenden 103500 Ballen noch die von voriger Auktion zurückgestellten 49000 Ballen hinzu, dann bleiben für die Juli-Auktion 152500 Ballen zur Verfügung, so daß es immerhin fraglich erscheint, ob das limitierte Quantum von 200000 Ballen bis zum 1. Juli zusammenkommen wird.

An den englischen Wollmärkten in Bradford und Leicester sind in den letzten 14 Tagen nicht viel neue Geschäfte zustande gekommen, aber es herrscht ein zufriedener Ton, und man ist in den Kreisen der Zugmacher und Spinner der Meinung, daß die Situation niemals gesünder war als jetzt. Kämmer und Kammgarnspinner sind sehr reichlich beschäftigt und haben ihre Produktion auf Monate hinaus verkauft.

Die letzten Wollauktionen in Roubaix verliefen in sehr fester Stimmung und die erzielten Preise standen teils pari, teils bis zu 5 Prozent über den Preisen der letzten Aprilauktion. In Reims brachten die Versteigerungen französischer Domestikwollen ebenfalls 5 Prozent höhere Preise als die Wollauktion.

Auf den deutschen Wollmärkten war sowohl für deutsche Rohwollen als auch für überseeische Grobweber und Merinos etwas mehr Interesse zu bemerken, wobei die feste Tendenz unverändert anhält. Der andauernd feste Ton des ganzen Wollmarktes hat die Position der Spinnereien sichtlich gestärkt und die Forderungen für vollene Stridgarne stehen heute ganz erheblich höher als am Anfang dieses Jahres.

Verglichen mit den Preisen des Vorjahres kosten Kammschridgarne heute 80 bis 90 Pfg. für ein Kilo mehr, und die Spinner glauben, im Herbst auch diese Forderungen noch werden erhöhen zu müssen.

Was geht in der Baumwollwaren-Branche vor?

In den verschiedenen Zweigen des Textilwarenhandels haben sich schon häufig Bestrebungen besonders kapitalstärker oder auch waghalsiger Unternehmer bemerkbar gemacht, durch scharfe Preiskämpfe die kleineren und mittleren Konkurrenten zu schädigen und womöglich aus dem Sattel zu heben. Ähnliches wird natürlich auch in anderen Branchen mit wechselndem Erfolg versucht. Die breite Öffentlichkeit erfährt in den meisten Fällen nur wenig von dem, was sich hinter den Kulissen abspielt, und doch müssen letzten Endes die Konsumenten die Kosten solcher Kämpfe tragen. Die momentanen Verluste, die den Interessenten aus derartigen Preiskämpfen entstehen, müssen nachher doppelt und dreifach wieder eingebracht werden.

Neuerdings haben sich in der Baumwollwarenbranche Zustände herausgebildet, die aus verschiedenen Gründen die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken. Hier versucht eine der größten Firmen ihre Konkurrenten durch Preisunterbietungen matt zu setzen; die Art, wie sie diesen Preiskampf einleitet, fordert zur schärfsten Kritik heraus. Die „Deutsche Confection“ berichtet hierüber folgendes:

Vor einiger Zeit hielt es ein altes Elberfelder Engroskaufhaus für nötig, seine Tätigkeit auch auf Berlin auszudehnen. Es begann seine Propaganda unüblicher Weise damit, Markenartikel wie Croisés und Hemdentuche zu Schleuderpreisen anzubieten. Zuerst reagierten Gebr. Simon auf diese Verkäufe überhaupt nicht, und mit Recht, denn die Schleuderangebote waren durch die Konkurrenz keineswegs bedingt, im Gegenteil hielten Spinner und Weber durchweg auf feste Preise. Gerade aber diese scheinbar völlig gleichgültige Haltung des maßgebenden Weltkaufes hat den Branchen einen ungeheuren Schaden verursacht und zwar dadurch, daß sie in die Zeit fiel, wo die Branche ihre Abschlüsse zu tätigen pflegte. Die Großhändler machten deshalb ihre gewohnten Abschlüsse mit Spinne- und Webern, was sie unterlassen hätten, wenn ihnen zu gleicher Zeit schon bekannt gewesen wäre, daß Gebr. Simon später mit Angeboten unter Herstellungspreis hervortreten würden. Einige Zeit nachher erließen Gebr. Simon „strenge vertrauliche“ Zirkulare an etwa 20 größte Abnehmer der Branche und teilten denselben mit, daß sie bei sofortiger Spezifikation die abgeschlossene Ware zu bedeutend billigeren Preisen erhalten könnten, indem die spezifizierten Quanten von ihnen in Abzug gebracht würden. Der Leiter der Baumwollwaren-Ausstellungs-Abteilung der Weltfirma Gebr. Simon ist jener Herr James Simon, der als persönlicher Freund des deutschen Kaisers bezeichnet wird und gerade in diesen Tagen unter den für die Verleihung des Adelsprädikats in Betracht kommenden Personen mit genannt wurde. Es handelt sich also nicht um ein bedenkliches Konkurrenzmanöver irgend eines Keulings, sondern um das planmäßige Vorgehen einer altangesehenen Firma gegen ihre Konkurrenten, die zum Teil ihre Abnehmer sind. Ein wertvoller Beitrag zum Kapitel der geschäftlichen Moral! Dem Baumwollwarenhandel wird das Vorgehen eines ersten und angesehensten Repräsentanten seiner sehr schweren Schaden zufügen. Es ist aber schwerlich anzunehmen, daß die Firma Gebr. Simon sich die ersehnte Monopolstellung durch solche Praktiken verschaffen kann.

Textilgewerbe und Kapitalmarkt.

Man kann im allgemeinen nicht sagen, daß im Textilgewerbe in den letzten Jahren ein so starkes Anwachsen des arbeitenden Kapitals stattgefunden habe. Die Baumwollindustrie der Jahre 1909 bis 1911, der hierauf folgende

Preissturz mit seinen umfangreichen Verlusten für die deutsche Textilindustrie, die Teuerung und die politischen Sorgen des Jahres 1912 sowie in letzter Zeit die Verfestigung des Geldmarktes haben die Unternehmungslust ständig niedergehalten. Daß hier und da Neigung besteht, Neugründungen vorzunehmen oder die vorhandenen Betriebsmittel zu vergrößern, ist bekannt. Gegenwärtig stellen sich jedoch größeren Neuinvestitionen bedeutende Schwierigkeiten entgegen. Ein Bild von der Entwicklung der Unternehmungslust im Textilgewerbe gibt die nachstehende Zusammenfassung der Neugründungen und Kapitalerhöhungen in den ersten fünf Monaten des Jahres 1907 bis 1913 aus der Salver'schen „Konjunktur“:

Jan.-Mai	Neugründungen	Kapitalerhöhungen in Mill. Mark	Summe der Neuinvestitionen
1907	17,43	19,21	36,64
1908	9,82	9,01	18,83
1909	9,93	5,47	15,40
1910	22,37	6,18	28,55
1911	8,50	5,71	14,21
1912	18,31	4,28	22,59
1913	6,17	10,94	17,11

Die diesjährigen Neuinvestitionen gehen nur wenig über das Niveau der beiden schweren Jahre 1909 und 1911 hinaus. Die Rentabilität der Aktiengesellschaften des Textilgewerbes ist trotz des nicht gerade glänzenden Geschäftsganges im allgemeinen befriedigend. Bisher haben 171 Aktiengesellschaften ihre Bilanzen für das Jahr 1912 mit dem Vorjahre vergleichbar veröffentlicht. Das gesamte Aktientkapital dieser Gesellschaften ist im letzten Jahre von 331,29 auf 332,69 Millionen Mark erhöht worden. Die Summe der verteilten Dividenden ist von 23,00 auf 28,20 Millionen Mark gestiegen. Die Durchschnittsdividende erhöhte sich also von 6,9 auf 8,5 Prozent. In den wichtigsten Gruppen entwickelte sich die Rentabilität folgendermaßen:

Branche	Höhe der Aktienkapital Dividende in Mill. Mark in Prozent			
	1911	1912	1911	1912
Baumwollspinnereien	23	35,62	36,02	5,6
Baumwollweberereien	9	10,75	10,70	7,9
Baumwollspinnweberereien	30	65,91	66,21	3,7
Kammgarnspinnereien	25	57,38	57,38	8,2
Wollgewerbe	22	68,00	68,03	9,4
Seiden- und Fäulespinnereien	19	33,47	33,47	6,2
Seidenweberereien	3	7,91	7,91	8,6

Ein Rückgang des Dividendenetrags war lediglich bei den Seidenweberereien zu verzeichnen. Die Baumwollindustrie hat im Jahre 1912 bedeutend besser abgeschnitten als im Vorjahre.

Aus dem Verbandsgebiete.

An unsere Ortsgruppenvorstände!

Diejenigen Ortsgruppen, welche über die von der Zentrale erhaltenen Verlepszmarken noch nicht abgerechnet haben, werden ersucht, umgehend das eingekommene Geld und die erübrigten Marken an die Zentrale einzusenden. Die Geschäftsstelle.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Arbeitslosen-Berichterstatte in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am 28. Juni (Samstag) Stichtag für den Monat Juni ist. Die an diesem Tage arbeitslosen Mitglieder sind zu zählen, über das Resultat dieser Zählung ist zu berichten. Desgleichen ist über die Gesamtzahl der im verfloffenen Quartal arbeitslos gewesenen Mitglieder zu berichten. Die Berichtskarte (gelbe Quartalskarte) muß spätestens vier Tage nach Schluß des Monats an die Zentrale eingesandt werden.

Wir müssen in letzter Zeit leider sehr häufig die Erfahrung machen, daß eine ganze Zahl von Ortsgruppen trotz aller Mahnung nicht berichten. Wir bitten die Ortsgruppenvorstände dringend, doch dafür zu sorgen, daß dies für die Zukunft nicht mehr vorkommt. Im Monat Mai haben nicht (oder zu spät) berichtet:

- Bezirk Krefeld Krefeld, Meerßen, Binktrath.
- „ M.-Glabbach Siefenbüchen.
- „ Aachen Beuel, Membach, Roetgen, Rott.
- „ Barmen haben alle Ortsgruppen berichtet.
- „ Bocholt Ochtrup, Stadellohn.
- „ Münster Bramsche, Ibbenbüren.
- „ Hannover haben alle berichtet.
- „ Schleien Reichenbach.
- „ Sachsen Bernstadt, Chemnitz, Guben, Leipzig, Neugersdorf, Reichenbach, Plauen, Sorau.
- „ Bamberg Allersberg, Weilersbach.
- „ Augsburg A., Gammletten, Lechhausen.
- „ Würtemberg Waldsee, Wangen.
- „ Baden Buzenbach, Erzingen, Ehenroth, Wollmadingen.
- „ Elsaß Breitenbach, Drufenheim, Gaishausen, Heimersdorf, Hirsingen, Hirschbach, Hüttenheim, Kaiserlautern, Merszal, Natzweiler, Dagersheim, Rothau, St. Amarin, Worms.

Die Zentralfstelle.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreigkeiten.

Markttredwitz.

In eine Lohnbewegung eingetreten sind die Weber der Firma Benker in Dörfles. Bereits im April wurden gemeinschaftlich mit dem „deutschen“ Textilarbeiterverband die ersten Betriebsversammlungen abgehalten, in denen die bereits von den Ausschüssen vorgenannter Verbände ausgearbeiteten Lohnforderungen einer Versammlung unterbreitet und von

hier auch genehmigt wurden. Nachdem der Geschäftshaber der Firma, Herr Kommerzienrat R. Wenker, mit einer von der Arbeiterschaft gewählten sechsgliedrigen Sachkommission die Wünsche der Arbeiterschaft näher besprochen hatte, wurden die Verbandsvertreter zugezogen und am 28. Mai in die eigentlichen Tarifverhandlungen eingetreten. Am 3. Juni gelangten dieselben zu einem für die beteiligte Arbeiterschaft zufriedenstellenden Ergebnis. Obwohl die direkte Lohnhöhung nicht für alle Artikel die gleiche ist, beträgt sie doch durchschnittlich 10-15%. Als sehr beachtenswerte Erfolge kommen noch hinzu: 1. Die bestehende Lohnkommission wird als Arbeitersauschuss anerkannt und in kritischen Fällen und sonstigen Vorkommnissen zur Beratung mit hinzugezogen. 2. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt in Zukunft nur noch 58 Stunden. 3. Bei Verarbeiten von schlechtem Material wird Entschädigung in Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes gewährt. Bei Prüfung und Entschädigung wird auch der Arbeitersauschuss hinzugezogen. 4. Bei Warten auf Material und unverschuldeter Stuhlreparatur wird pro breiten Stuhl 15 Pfg. und für einen schmalen Stuhl 10 Pfg. Stundenlohn von der fünften Stunde an gewährt. 5. Die Lohnzahlung erfolgt 14-tägig freitags. Der Tarif tritt am 3. Juni in Kraft und dauert bis 1. Juni 1915.

Diese Bewegung hat so recht gezeigt, daß ein ruhiges und sachliches Zusammenarbeiten beider Organisationen mehr Erfolg für die Arbeiterschaft bringen kann, als wenn der sozialdemokratische Verband in seinem Machtwahn versucht, den christlichen Textilarbeiterverband an die Wand zu drücken und sozialdemokratische Nummern zu begeben, wie das z. B. in Krefeld geschehen ist. An der Arbeiterschaft der Firma Wenker liegt es nun selbst, die für zwei Jahre garantierte wirtschaftliche Verbesserung ihrer Lage zu erkennen und zu verstehen und deshalb nicht nur selbst der Organisation treu zu bleiben, sondern auch die Anwesenden, die doch auch den Vorteil genießen, für die Organisation zu gewinnen. Wenn das geschieht, dann kann auch in zwei Jahren wieder ein weiterer Schritt in der Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse getan werden.

Aus unseren Bezirken.

Eine Kundgebung im Bayerischen Allgäu.

Es war ein Sonntag hell und klar, ein wunderschöner Tag im Jahr. Ja, in der Tat, ein herrlicher Tag war am Sonntag, den 8. Juni, allwo unsere Ortsgruppe des Bayerischen Allgäus einen Ausflug nach Immenstadt unternommen hatte. Die Natur hatte ihr freundlichstes Gewand angelegt, und die liebe Sonne lächelte so warm, als wolle sie mit ihren Strahlen hineinleuchten in alle Herzen, um sie freudig zu stimmen für die bevorstehende Tagung der christlichen Textilarbeiter. Vorgelesen war, am Vormittag im Gasthaus zum Engel eine Konferenz der Vorstands- und Vertrauenspersonen, der an dem Ausflug beteiligten Ortsgruppen und des Nachmittags eine Versammlung im großen Saale des Gesellschaftshauses. Einen besonderen Wert bekam die ganze Tagung durch die Anwesenheit unseres Zentralvorstehenden, Kollegen Schiffer aus Düsseldorf. Nach der Begrüßung durch unseren rührigen Vorsitzenden der Immenstädter Ortsgruppe, Kollegen Wiedemann, erstattete unser Bezirksleiter, Kollege Geier aus Augsburg, ein Referat über die Frage: „Wie können wir unseren Verband im Allgäuer Bezirk noch besser vorwärts bringen?“ Eine zahlenmäßige Zusammenstellung der in diesem Bezirk vorhandenen Textilbetriebe mit annähernd 10 000 beschäftigten Textilarbeitern und eine Gegenüberstellung der von diesen organisierten, erbrachte den Beweis, welche ein Arbeitsfeld in diesem Gebiete noch für uns vorhanden ist. Freilich ist auch nicht zu verkennen, daß an einigen Orten überaus große Schwierigkeiten bestehen, um die Arbeiterschaft für die Organisation gewinnen zu können. Im zweiten Teil des Referates gab Kollege Geier einige Anregungen, wie am besten in den einzelnen Orten gearbeitet werden könnte. Um diese Anregungen auch praktisch durchführen zu können, bedarf es selbstverständlich neben der fleißigen Mitarbeit vieler Mitglieder auch eines Führers, der den Allgäuer Ortsgruppen immer zur Hand sein könnte. Dies wäre um so notwendiger, weil dem Kollegen Geier vom 1. Mai ab d. J. der Bezirk Bamberg-Sulda zur Leitung noch mit übertragen wurde, ein Gebiet, welches ebenfalls einer fleißigen Arbeit bedarf, um das Verlorene wieder zu erringen.

In der Diskussion wurde von einigen Orten besonders betragt, daß man weniger die direkten Gegner unserer christlichen Arbeiterbewegung zu fürchten habe, dagegen aber solche im eigenen Lager. Wenn z. B. ein sozialdemokratischer Beamter erklären kann, „er habe gar keine Ursache, gegen die katholischen Vereine anzukämpfen“, so ist das sehr bezeichnend und heißt soviel, daß man in diesen Vereinen der Arbeiterbewegung vollständig gleichgültig gegenübersteht, solange, bis die Mitglieder dieser Vereine zum großen Teil hinübergeführt sind ins sozialdemokratische Gewerkschaftslager. Von allen Diskussionspunkten wurde dem Zentralvorstehenden, Kollegen Schiffer, dringend ein Herz gelegt, er möge im Zentralvorstand durchzusetzen versuchen, daß für das Allgäu und zwar mit dem Sitz in Kempten, ein Lokalbeamter freigestellt werden möge.

Kollege Schiffer dankte zunächst den Anwesenden für die freundliche Begrüßung, die sie ihm als Zentralvorstehenden hätten zuteil werden lassen und kam dann vorerst zu sprechen auf den Krefelder Färberstreif. Er entrollte kurz ein Bild über die Entstehung dieser Bewegung, und was bis zu dem Zeitpunkt, wo von unserem Verband abgebrochen wurde, für die Arbeiterschaft erreicht worden ist. Das war bedeutend mehr als wie bei der Bewegung von 1909. Und doch prählte damals der sozialdemokratische Verband, daß er sie allein geführt habe. Unser Zentralvorstand habe nach bestem

Wissen im Interesse der Arbeiterschaft gehandelt, während der sozialdemokratische Verband mehr aus politischen und sonstigen Gründen den größten Arbeitererrat bei dieser Bewegung betreibe. Sodann äußerte sich der Kollege Schiffer auch zu der Frage über die Anstellung eines Lokalbeamten für das Allgäu. Er stellte zunächst eine Reihe Fragen an die Vertreter der einzelnen Ortsgruppen, ob sie alle Bestimmungen und Anregungen von Seiten des Zentralvorstandes auch strikte durchgeführt hätten. Er gab sodann den Anwesenden zu bedenken, daß durch die Anstellung eines Lokalbeamten die Arbeit der einzelnen nicht besonders erleichtert, sondern im Gegenteil, daß der betreffende Beamte erst recht viele Mitarbeiter brauche, wenn der Zweck seiner Anstellung erreicht werden solle. Des weiteren komme auch die finanzielle Seite in Frage. Es sei deshalb wichtig für ihn, zu wissen, ob eventl. die Ortsgruppen, die da in Betracht kommen, sich bereit erklären würden, einen weiteren Lokalbeitrag von 5 Pfg. zu erheben. Folgende zwei Resolutionen fanden einstimmige Annahme:

„Die heutige in Immenstadt im Gasthaus zum Engel tagende Vorstands- und Vertrauenspersonen-Versammlung der Allgäuer Ortsgruppen des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands spricht dem Zentralvorstande für seine zielbewußte, arbeiterfreundliche und echt gewerkschaftliche Haltung im Krefelder Färberstreif alle Anerkennung und volles Vertrauen aus.“

Für die Erhaltung unseres Verbandes verpflichten sich alle Anwesenden weiter zu arbeiten; sie werden auch in der Zukunft für die Schulung, Disziplin und Organisations-treue aller Verbandsmitglieder eintreten.“

„Die Konferenz bittet den Zentralvorstand um Freistellung eines Lokalbeamten für die Ortsgruppen des Allgäu, wo nach der Ueberzeugung der Anwesenden noch ein großes Agitationsgebiet besteht, das aller Voraussicht nach mit erheblichen Erfolgen durch einen Beamten bearbeitet werden kann. Die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute verpflichten sich, in den einzelnen Ortsgruppen für die Einführung des doppelten Lokalbeitrages zu agitieren, damit auf diese Weise ein Teil der Kosten für den Beamten aufgebracht werden kann.“

Nach der Konferenz wurde ein kleiner Spaziergang in die Umgebung von Immenstadt unternommen. Nachmittags versammelte sich die christlich-nationale Arbeiterschaft im Gesellschaftshaus zur Versammlung. Der große Saal nebst Galerie war bis auf das letzte Plätzchen gefüllt. Reichstagsabgeordneter und Zentralvorsitzender Kollege Schiffer behandelte das Thema: „Die christlichen Gewerkschaften, ihre Vergangenheit, ihre Erfolge und ihre Zukunft.“ In großen Zügen entrollte der Redner ein Bild über das Werden und Wirken der christlichen Gewerkschaften. Ihre Erfolge auf materiellem und wirtschaftlichem Gebiete, sowie ihre Erziehung auf kulturellem und sittlichem Gebiete haben die christlichen Gewerkschaften groß gemacht, sie genießen ein großes Ansehen bei allen rechtlich denkenden Menschen, und ihr Programm ist ihnen eine sichere Unterlage für die Zukunft. Langanhaltender Beifall lohnte die treffenden Ausführungen des Referenten. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referates. Es beteiligten sich daran Bezirksleiter Geier, Arbeitersekretär Bengel, Kollege Schmid, sowie der Präses des katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereins, Herr Benefiziat Gugemoss aus Kaufbeuren. Letzterer hatte sich es nicht nehmen lassen, an dem Ausflug nach Immenstadt teilzunehmen. Seine Ausführungen in der Diskussion waren getragen von begeisternder Liebe für die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Ein Arbeiterpriester im wahren Sinne des Wortes. Als Gäste waren noch anwesend H. S. Stadtpfarrer Dr. Hablich-Immenstadt und H. S. Pfarrer Walser von Blaidach. Neben dem ersten Teil fehlte es bei dieser Veranstaltung auch nicht an Unterhaltung. Eine Kollegin aus Immenstadt brachte einen schönen Prolog zum Vortrag, betitelt „Arbeitergruß“. Des weiteren hatte sich der Sängerkorps des katholischen Arbeitervereins von Kempten mit seinem Herrn Dirigenten zu dieser schönen Kundgebung eingefunden. Mit einigen wohlgeklungenen Liedern trug dieser dazu bei, den Tag zu verschönern. Ihnen sei noch an dieser Stelle herzlich Dank gesagt. Mit Recht konnte Kollege Wiedemann die Veranstaltung schließen mit dem Wunsche: Ein Freudentag war uns heute beschieden, möge er auch dazu beitragen, den christlichen Gewerkschaftsgedanken im Allgäu immer mehr zu fördern.

Eine christliche Gewerkschaftskundgebung in der sächsischen Oberlausitz.

Dybin, diesen idyllischen und vielbesuchten Luftkurort, der von den mehr oder weniger bewaldeten Höhen des Löpfer, Hochwald, Pferde und Ameisenberg rings umgrenzt wird und eine wirklich malerische Lage bietet, war das Ziel eines am 8. Juni d. J. stattgefundenen Ausfluges der christlichen Gewerkschaften der Oberlausitz. Derselbe war vom herrlichsten Wetter begünstigt. Schon in früher Morgenstunde kamen die Teilnehmer aus den näher gelegenen Ortsgruppen. Diese besuchten zunächst den herrlich gelegenen „Nonnenstufen“ bei Zonsdorf. Gegen 12 Uhr war Zusammenreffen aller Teilnehmer auf dem Hochwald. Hier wurde ausgeruht von den Strapazen. Ein echtes Glas „Böhmitisch“ verfehlte seine Wirkung nicht. Nach Besichtigung der Umgebung und nach Aufnahme einiger Gruppenbilder ging's bergab zum Dybiner Waldtheater. Auf einem freien Plateau, zwischen hohen Tannen und mit einer mächtig aufsteigenden Berglehne als Hintergrund, gelangte am 8. Juni „Genoveva“ zur Aufführung. Insgesamt waren über 3000 Personen anwesend. Nach Beendigung des Waldtheaters versammelten sich die Teilnehmer nochmals, um den in Glodenform sich erhebenden Berg Dybin zu besichtigen. Gegen 1/8 Uhr wurde der Rückmarsch angetreten. Alle waren sich darin einig, einen genußreichen Tag verleben zu haben. Möge der Ausflug dazu beigetragen haben,

die Teilnehmer an unsere Organisation zu fesseln, sie in ihrem Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu stärken, damit die Arbeiterschaft auch in materieller Hinsicht besser gestellt wird. Dann wird sie sich immer mehr an den Natur Schönheiten ihres engeren Heimatlandes erfreuen können.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Grefrath. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Arbeitslosenmeldestelle vom 1. Juli ab sich nicht mehr beim Kollegen Leon. Stroucken, sondern beim Kollegen Albert Stielz, Kulturweg, befindet. Wir bitten die Mitglieder, vom 1. Juli ab, bei etwaiger Arbeitslosigkeit sich nur noch beim Kollegen Albert Stielz zu melden. Meldezeit täglich morgens von 11-12 Uhr.

Ittersbach (bad. Albial). Nach mehrstündiger Wanderung durch das schöne Albial gelangt man von Marzell aus über Pfaffenrot in einer Stunde nach Ittersbach, einem Orte direkt an der württembergischen Grenze. Vor ungefähr 100 Jahren war hier eine blühende Textilindustrie vorhanden. Bereinzelt findet man heute noch die Reste der früheren Hausweberei, die allerdings im Laufe der Zeit einging. Nachher entstanden in hiesiger Gegend zahlreiche Steinbrüche, in denen die Bevölkerung Arbeit und Erwerb fand. Auch hier ist die Tätigkeit in den letzten Jahrzehnten eingestellt worden. Neben der Pforzheimer Goldwarenindustrie bietet die Albialer Textilindustrie heute der Bevölkerung Arbeitsgelegenheit. Eine schöne Ortsgruppe unseres Verbandes befindet sich hier. Die Vorstandsmitglieder geben sich die redlichste Mühe, dieselbe zeitgemäß auszubauen und auf der Höhe zu halten. Der Besuch der Versammlungen läßt zu wünschen übrig. Insbesondere haben die Kolleginnen eine gewisse Scheu in die Versammlungen zu gehen. Dieses muß unbedingt besser werden. Auch unsere Kolleginnen müssen sich für die überaus wichtigen Standesfragen interessieren. Zu einem großen Teile findet dieses Interesse seinen Ausdruck im allseitigen Besuch der Versammlungen.

Neumünster. Die Genossen an der Arbeit. Die sozialdemokratische Presse Schleswig-Holsteins brachte kürzlich einen Artikel, wonach die im christlichen Verband organisierten Textilarbeiter bei der Firma L. Simons-Neumünster Streikbruch verübt haben sollten, weil — die „Christen“, ohnehin die Beschlüsse des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes zu respektieren, an zwei Tagen bei genannter Firma Ueberstunden gemacht haben. Daß es sich bei obiger Notiz um eine Verhöhnung der Arbeiterschaft nach sozialdemokratischem Muster handelt, dürfte jedem einseitigen Gewerkschaftler klar sein. Im Herbst vorigen Jahre, gab die Firma L. Simons ebenfalls durch Anschlag bekannt, daß 14 Tage lang Ueberstunden gemacht werden müßten. Damals ist es dem „Leiter“ der rot organisierten Textilarbeiter Neumünsters Genossen Rohur absolut nicht eingefallen, daß, um mit der Schl.-H. Volkstzgt. zu reden, Ueberstunden gesundheitschädlich sind und daß es Aufgabe der Gewerkschaften ist, sie zu verhindern“. Jedenfalls saß ihn noch die Tarifbewegung glorreicher Angedenkens so in den Knochen, daß er in Rohbur'scher Verzweiflung nicht wagte, wegen der Ueberstunden etwas zu unternehmen. Inzwischen scheint dem Genossen Rohur die Courage wiedergekommen zu sein. Oder er spekuliert auf die Fabrikanten, die wegen einer kleinen Verweigerung der Ueberstunden so leicht keine Auspeinerung vornehmen. Denn sonst, wo wäre da Genosse Rohur mit all seinem Mut. Als nun die Genossen einen Beschluß herbeiführten, die Ueberstunden zu verweigern, da sollte dieser sofort von den Christlichen respektiert werden, widrigenfalls sie als Verräter und Streikbrecher hingestellt werden.

Die christliche Organisation steht selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß Ueberstunden nach Möglichkeit vermieden und eine Verkürzung der Arbeitszeit angestrebt werden muß; wenn wir aber durch die gemachten Erfahrungen bei der vorigjährigen Tarifbewegung und bei den im Herbst letzten Jahres gemachten Ueberstunden vorsichtig geworden und uns zurück hielten, so ist dieses jeden vernünftigen denkenden verständlich. Die Leitung des sozialdemokratischen Verbandes, welche seit dem von ihr verschuldeten Zusammenbruch der Tarifbewegung auf ihren Lorbernen ausruht und manches Mißtrauensvotum aus den Kreisen der eigenen Mitglieder über sich ergehen lassen mußte, sucht jetzt das Augenmerk von sich auf andere abzuwenden, nach der Manier: Halte den Dieb! Interessant ist die Feststellung des Artikelchreibers in der Schl.-H. Volkstzgt.: Die christliche Organisation bleibt, was sie war, eine Streikbrecherorganisation. Ein „geleierter“ Kopf hat gesprochen und damit punktuell. Als aber im vorigen Jahr bei der Tarifbewegung (95% der Weber waren organisiert) die Arbeitgeber 60-70% der Weber aussperrten und die übrigen rot organisierten Arbeiter durch die Leitung des sozialdemokratischen Verbandes gezwungen wurden, widrigenfalls sie keine Unterstützung erhielten, auf den Stühlen ihrer ausgesperrten Kollegen die notwendigen Arbeiten für die Fabrikanten fertig zu stellen, da war dieses Verhalten des Verbandes pure Arbeiterfreundlichkeit und der Gipfel echt gewerkschaftlicher Taktik. Eine Taktik, die naturgemäß in den Stumpf führte. Seit der Zeit, wo die rote Verbandsleitung in Neumünster ihre Mitglieder zu solcher Arbeit zwang, sieht sie überall Gespenster in Form von Arbeitswilligen. Jedenfalls ist es das böse Gewissen, welches sie keine Ruhe finden läßt. Wir verzeihen ihr daher auch ihr Streikbruchgeschrei. Es ist nur schade, daß die Arbeiterschaft von Neumünster sich durch solche Mäxchen eines Prüfungsbeschüßers von der wirklichen Vertretung der Arbeiterinteressen abbringen läßt. Ein einheitliches Arbeiten gegenüber den Unternehmern wäre gerade in Neumünster angebracht. Wenn dieses von gewisser Seite absichtlich gefördert wird, so ist dieses leibhaftig zu bedauern. Wenn wir in einer derartigen Weise arbeiteten, würde zweifellos von roter Seite gegen uns der Vorwurf erhoben, wir handelten im wohlverstandenen Interesse der Unternehmer. Wie wir die Vorkommnisse beurteilen, läßt sich hiernach leicht begreifen.

Rheine. Der Grund und Boden von Rheine wird als steinig und hart, oder wie es im plattdeutschen heißt als Klippgrund bezeichnet, und wahrhaftig auch in gewerkschaftlicher Beziehung hat Rheine außerordentlich harten, steinigen Klippgrund aufzuweisen, indem die Arbeiterschaft sehr schwer für ihre Berufsorganisation zu gewinnen ist, und doch wäre es für die Arbeiterschaft hier am Orte wohl dringend notwendig, sich um ihre Berufsorganisation zu kümmern. Gewiß hat der christliche Textilarbeiterverband im vergangenen Winter schöne Fortschritte gemacht, doch lange nicht in dem Maße, wie es in Anbetracht der Verhältnisse für die Arbeiterschaft wohl dienlich wäre. Mancher, der von Rheine, dem arbeitslühenden Industrieort, hört, glaubt, dort sei das gelobte Land, das von Milch und Honig fließt, doch er wird bitter enttäuscht werden. Gewiß soll nicht verkannt werden, daß auch

Firmen vorhanden sind, die ihren Arbeitern Entgegenkommen zeigen und wo auch der Arbeitsverdienst bei einzelnen Kategorien als nicht schlecht bezeichnet werden kann; aber es gibt auch Firmen, wo berechnete Klagen in Fülle und Fülle vorhanden sind. So klagen besonders die Weber der Firma Alfred Kumpers über Warten auf Ketten. Bei breiten Strikeln soll es oftmals vorkommen, daß 3-4 Tage und bei schmalen Strikeln 1 1/2-2 Tage gewartet werden muß. Es ist beargwöhnt, daß dadurch die Weber einen beträchtlichen Lohnausfall haben. So sollen Wöhne von 15-16 Mark pro Woche nicht zu den Seltenheiten gehören. Wie damit ein Familienvater seine Familie in unfern teuren Betten anständig über Wasser halten soll, ist ein Rätsel, das wohl nicht zu lösen ist. Gewiß kann das Warten durch die Verhältnisse in der Spinnerei bedingt sein, doch dann wäre es wohl mit Recht angebracht, daß die Firma ihre Weber durch Vergüten der Wartezeit über diese Uebergangszeit hinweghilft. Aber ist die Arbeiterschaft nicht auch selbst mit Schuld an solchen Verhältnissen? Warum schließt sie sich nicht dem christlichen Textilarbeiterverband an, damit Abhilfe geschaffen werden kann? Die Arbeiterschaft sollte etwas mehr das Wort beherzigen: „Mensch hilf dir selbst, so hilft dir Gott.“

Rheinböhlen. In der Genossenpresse war die Behauptung aufgestellt worden, Kollege Nowak sei in der hier am 20. April getagten Generalversammlung, nach seinem Referat über den Krefelder Färbereistreik, von unseren Mitgliedern in die Enge getrieben worden, und habe die Frage: „Was unsere Mitglieder, die in Krefeld jetzt in den Färbereien arbeiten, sind, wenn die Leute aus Hamburg Streikbrecher seien“, nicht beantwortet. Mit dieser Frage besaßte sich eine am 1. Juni abgehaltene Mitgliederversammlung. Die anwesenden Kollegen, soweit dieselben auch die vorige Versammlung besucht hatten, waren durchweg der Ansicht, daß Kollege Nowak auch nicht eine einzige Frage unbeantwortet gelassen habe, was der in der roten Presse als Fragesteller bezeichnete Kollege Gilleßen selbst erklärte. Derselbe sagte aber auch in der heutigen Diskussion noch weiter, daß er die Ueberzeugung habe, daß unser Zentralvorstand im Krefelder Färbereistreik herausgeholt habe, was überhaupt herauszuholen war, und daß derselbe die Interessen der Arbeiter stets aufs Entschiedenste vertreten habe und auch in Zukunft vertreten werde. Die Stimmung der Versammlung verriet unzweifelhaft, daß man hier die Laßt des roten Verbandes bei dem Krefelder Färbereistreik und bei dem Streik der Riemenweber in Warmen aufs schärfste verurteilt. Die Hege der Genossen und ihr Streben werden bei unsern Mitgliedern ist wieder einmal umsonst gewesen, und die ersten werden sich schon damit begnügen müssen, wieder einmal nichts erreicht zu haben.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Einschleppung von Krankheiten durch ausländische Arbeiter. In diesen Wochen hat der Zugang von ausländischen Wanderarbeitern nach Deutschland wieder in großem Umfange eingesetzt. Aus Ungarn, Italien, aus Galizien, Böhmen usw., von allen Seiten kommen Wanderarbeiter nach Deutschland, wohl die meisten ohne Familien; viele aber auch mit Familien, mit der Frau, mit erwachsenen und ungewachsenen Kindern. Es soll hier nicht der ganze Komplex der Erscheinungen, der mit dieser Zuwanderung zusammenhängt, berührt werden, sondern es soll hier nur einmal auf die sanitäre Gefahr hingewiesen werden, die mit dieser stetig steigenden Zuwanderung ausländischer Wanderarbeiter verbunden ist. Es ist allgemein bekannt, daß sehr viele von diesen ausländischen Wanderarbeitern auf einer ziemlich tiefen Kulturstufe stehen, daß hinsichtlich der Reinlichkeit, der Wohnungsansprüche usw. sehr vieles an ihnen anzusetzen ist. Liegt schon darin eine Gefährdung der einheimischen Bevölkerung, so werden aber von diesen ausländischen Arbeitern auch direkt Krankheiten eingeschleppt. Wenn in den letzten Jahren aus dieser starken Zuwanderung kulturell tieferer Arbeiterschichten keine großen Epidemien entstanden sind, so ist dies durchaus kein Beweis, daß dies immer so bleiben wird, im Gegenteil kann Deutschland nach dieser Richtung hin noch einmal schlimme Erfahrungen machen; es können Epidemien entstehen, die ganze Landstriche verheeren und die bei dem intensiven Verkehr in Deutschland rasch eine weite Ausbreitung finden.

Zu den Krankheiten, die eingeschleppt werden können, gehört zunächst die **Wurmfestigkeit**. Diese Krankheit war früher nur unter dem Namen **Lammel** und **Berganämie** bekannt. Erst später wurde erkannt, daß diese Krankheit nicht von der schlechten Luft in Bergwerken und Lammel, sondern von einem Eingeweideparasiten herrührt. In den multivierten und unentwickelten unteren Bevölkerungsschichten in Polen, Galizien, Rußland und in Ungarn und in den Donauländern ist die ägyptische Angeranzendung sehr weit verbreitet; je mehr der Zugang von Arbeitern aus diesen Bezirken zunimmt, desto mehr steigt die Gefahr, daß die ägyptische Angeranzendung auch bei uns in größerem Umfange auftreten kann. Die Uebertragung dieser Krankheit kann auf die verschiedenste Art geschehen, hauptsächlich geschieht sie wohl durch Benutzung von Wasserkränen und durch Benutzung von Kränen und Lastenträgern erkrankter Personen. Diese Erkrankung ist sehr gefährlich, weil sie zu Schwächen und Erbkrankung führt. In Polen, Ungarn und in Rußland grassieren auch stets die schwarzen Mäntern und der Malaria. Auch bei diesen Krankheiten ist eine Einschleppung in andere Bezirke möglich, daselbst läßt sich sagen von der Ruhr und vom Unterleibstypus. Je weiter das Referatungsgebiet der ausländischen Arbeiter nach Osten vorgeschoben wird, desto mehr entsteht auch die Gefahr, daß vom Osten aus einmal die Cholera in größerem Umfange eingeschleppt wird. Bekanntlich forderte die Cholera im vergangenen Jahre auf dem Balkan große Menschenopfer. Dadurch, daß sich jetzt die Balkanstaaten große Gebiete der Türkei angliedern, in denen bisher die Cholera noch öfter auftrat und weil jetzt in den Balkanstaaten noch recht unregelmäßige Verhältnisse bestehen, kann

die Cholera sehr wohl einmal weiter nach dem Westen verschleppt werden. Das alles sollte die Regierungen in Deutschland veranlassen, den gesundheitlichen und sanitären Verhältnissen der nach Deutschland einströmenden ausländischen Arbeiter eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Gewiß würden sofort strenge hygienische Maßnahmen ergriffen, wenn uns eine große Epidemie vom Auslande droht, aber es sollte auch unter gewöhnlichen Verhältnissen eine bessere Ueberwachung der Wanderarbeiter vorgenommen werden. Namentlich ist eine bessere Ueberwachung der Wohnungen ausländischer Arbeiter geboten. Diese Leute wohnen oft in Behausungen, die aller Menschlichkeit Hohn sprechen, namentlich ist dies der Fall in agrarischen Bezirken. Gewiß sind die besseren hygienischen Verhältnisse, die im allgemeinen in Deutschland anzutreffen sind, ein gewisser Schutz gegen die Entstehung von großen Epidemien, aber wir dürfen uns darauf nicht allzusehr verlassen, es können ungünstige Umstände hinzutreten, die auch bei uns die Entstehung von Epidemien zulassen.

Förderung gemeinnütziger Zwecke durch die Landesversicherungsanstalten. Die „Amtlichen Mitteilungen“ der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“ (Nr. 6) geben ein Rundschreiben des Reichsversicherungsamts bekannt, wonach sich die Anlegung des Vermögens sämtlicher Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten zugunsten gemeinnütziger Zwecke folgendermaßen gestaltete:

Die gesamten Darlehen für gemeinnützige Zwecke beliefen sich bis zum Ende des Jahres 1912 auf rund 104,9 Millionen Mark. Davon entfielen auf den Bau von Arbeiterwohnungen 418,2 Millionen Mark. Von den 418,2 Millionen Mark waren für den Bau von Arbeiterfamilienwohnungen 396,3 Millionen Mark und für den Bau von Ledigenheimen (Hospizen, Herbergen, Gesellenhäuser usw.) 21,9 Millionen Mark hergegeben. Die von 26 Landesversicherungsanstalten und 3 Sonderanstalten an Versicherte unmittelbar hergegebenen Darlehen zum Wohnungsbau beziffern sich auf 80,6 Millionen Mark.

Zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses sind von 26 Landesversicherungsanstalten und 2 Sonderanstalten bis Ende 1912 113,8 Millionen Mark ausgegeben worden. Der Betrag von 113,8 Millionen Mark stellt aber bei weitem nicht die ganze Summe dar, die von den Versicherungsträgern zugunsten der ländlichen Bevölkerung hergegeben ist. Abgesehen von dem Aufwand für Wohnungsfürsorge auf dem Lande, entfällt von den Darlehen für allgemeine Wohlfahrtsanstalten ein Betrag von über 213 Millionen auf Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern. Ferner ist die Landwirtschaft mittelbar noch dadurch gefördert worden, daß eine größere Anzahl von Landesversicherungsanstalten landwirtschaftliche Pfandbriefe, Rentenbriefe, Provinzialanleihecheine, Pfandbriefe von Landwirtschaftsbanken usw. im Nennwert von über 145 Millionen Mark angekauft haben.

Zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege waren bis Ende 1912 517,3 Millionen Mark ausgegeben, und zwar: a) für den Bau von Krankenhäusern, Volkshospitälern, Invalidenheimen usw. 117,6 Millionen Mark, b) zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere zum Bau von Volksbädern, Schlachthäusern, Kanalisationen usw. 172,2 Millionen Mark, c) für Erziehung und Unterricht, Hebung der Volksbildung 86,6 Millionen Mark, d) für sonstige Wohlfahrtszwecke 140,9 Millionen Mark.

Zu dieser letzten Gruppe gehören namentlich Darlehen zum Bau von Gas- und Elektrizitätswerken, Lokal- und Straßenbahnen, Feuerwehreinrichtungen, Straßen-, Kanal-, Hafen-, Brücken-, Damm- und Uferwerksbauten, zur Fußregulierung, Erwerbung von Wasserrechten, Beseitigung von Hochwasserständen, für den Bau von Talsperren, für Stabierweiterungen und für Grunderwerb zwecks späterer Bebauung oder Anlegung öffentlicher Plätze sowie zur Förderung des Gewerbes und der Industrie; ferner Darlehen zum Bau von Küchen, kirchlichen Gemeindehäusern, christlichen Vereinen- und Versammlungshäusern, zur Einrichtung von Arbeiter-Konsumvereinen, Konsumvereinsbädereien, Gemeindebädereien, und Gemeindefriedhöfen. Weiter finden sich hier Darlehen zur Einrichtung von Heimen für Gemeindefriedhöfen, Lehrern, Feinwebereiarbeiterinnen, Seerente, für Volks- und Jugendheime, für Taubstummen- und Blindenanstalten, Waisen- und Armenhäuser, Arbeiterkolonien, Wanderarbeitsstätten, Volkshäuser, für Asyl aller Art, endlich für verschiedene Einrichtungen zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs.

Für eigne Veranstellungen der Versicherungsträger sind bis Ende 1912 68,3 Millionen Mark ausgegeben worden. Hier sind besonders zu nennen 39 Langenheilstätten, 2 Tuberkulinstationen, 34 Genesungsheime, 3 Krankenhäuser, 1 Heilstätte für Rheumatische, 1 Balneologiestätte, 15 Invalidenheime, 1 Arbeitsnachweisgebäude und 1 Geschäftsgehilfenheim. Eine Reihe von Renanlagen sind hervorzuheben, darunter der Bau der Rheumatischerheilstätte der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, das „Landesbad“ zu Aachen. Für Umbauten, Erweiterungsbauten, Ergänzungen und Verbesserungen wurden insgesamt 1 456 120 Mark verausgabt.

Versammlungskalender.

- Schöft.** 29. Juni, Abrechnung der Vertrauensmänner von 10 bis 12 Uhr im Lokale Langenbergstraße.
- Gemais.** 28. Juni, 8 Uhr, im „Preussischen Hof“, Braubansstraße.
- Gesellschaft.** 29. Juni, 11 1/2 Uhr, bei W. Lammann.
- M. Stadtbach-Perdierbrich.** 29. Juni, punkt 3 Uhr, Ausgang nach Siebzig, Treppentritt Weinstäuben-Gasse.
- Gesellschaft.** 29. Juni, 11 Uhr, bei Albert Kellers, Generalversammlung.
- Verd.** 29. Juni, 24. Uhr, im Vereinshaus, danach Ausgang nach Krefeld, Lieberbacher mitbringen.

- Schöft.** 30. Juni, 1 Uhr, vierteljährliche Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Oberhausen.** 28. Juni, 1/29 Uhr, bei R. Dismann, Viehbrud.
- Reichenbach (bad. Albtal).** 3. Juli, 8 Uhr, in der „Krone“, öffentliche Versammlung.
- Schaag.** 6. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Leo Bohmikel, Generalversammlung.
- Speffart (bad. Albtal).** 29. Juni, 1/23 Uhr, im Strauß.
- Wülfels.** 29. Juni, 10 Uhr, bei Kornel Schümmer, Generalversammlung.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
Bernhard Mersmann in Gronau.
Karl Beyer in Dornach.
Peter Johann Strucken in Lobberich.
Theodor Niermann in Werden.
Heinrich Kremer in Düsseldorf.
 Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Zur Würdigung der deutschen Arbeiter-Sozialpolitik. Kritik der Bernhardschen Schrift: Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik. Von Dr. Franz Hitze, o. ö. Prof. in Münster i. W., M. d. R. Mit Beiträgen von Geh. Oberregierungsrat Dr. Wurmeling, M. d. Br. u. Berlin, und Sanitätsrat Dr. Fassbender, Berlin-Südende, gr. 8° (124) M. Stadtbach 1913, Volkvereins-Verlag GmbH, M. 1.60, postfrei M. 1.80.

Inhalt: Einleitung. Erster Teil: Staatliches Reglementieren und private Unselbstständigkeit. I. Die staatliche Genehmigung privater Betriebe. II. Die staatliche Kontrolle privater Betriebe. III. Die staatliche Regelung privater Betriebe. IV. Die Verstaatlichung privater Betriebe. Zweiter Teil: Der Kampf um die Rente. I. Unerwünschte Folgen der Rentenversicherung. II. Das Recht des Arbeiters auf Rente. Wirkungen auf den Volkscharakter und die Volkskraft. 1. Allgemeine Kritik. 2. Unfaulneurose. 3. Rentenheisterie. 3. Verlängerung der Heilungsdauer; Uebertreibung und Simulation. 4. Ergebnis. Dritter Teil: Der parteipolitische Mißbrauch sozialpolitischer Einrichtungen. I. Die Parteiherrschaft. II. Die Grenzen der Sozialpolitik. Vierter Teil: Die gegensätzlichen Wirkungen unserer Sozialpolitik. I. Grundgedanke und Ziel der Arbeiterversicherung. II. Leistungen der Arbeiterversicherung. III. Die Wirkungen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung für die gesundheitliche Hebung des Arbeiterstandes. IV. Wirtschaftliche und kulturelle Hebung unseres Volkes.

Zu einer kritischen Würdigung und Widerlegung der Bernhardschen Tendenzschrift war wohl niemand mehr berufen als einer der Mitbegründer des großen Wertes der deutschen Sozialreform Prof. Dr. Hitze, der in mehr denn dreißigjähriger unermüdlicher parlamentarischer Wirksamkeit an fast allen sozialen Gesetzen entscheidend mitgewirkt hat. Dem junglühenden Spott, mit dem Prof. Bernhardt seine herunterreisenden Ausführungen über schwerwiegende und verwickelte Fragen unserer sozialen Gesetzgebung glaubt „würzen“ zu dürfen, stehen bei Prof. Hitze tiefer Ernst und warmes Interesse gegenüber. Muß bei Bernhardt die äußere Form der Darstellung über die innere Dürftigkeit und teilweise Unzuverlässigkeit hinweggehen — man denke nach dieser Richtung nur an die Wiedergabe der Rede des Herrn v. Stumm und des Ministers von Berlepsch bei den Beratungen über die Sonntagruhe in der Gewerbeordnungsnovelle 1891 — so bekundet der Inhalt der Ausführungen Prof. Hitzes auf langjährigen Erfahrungen beruhende sachliche Ueberlegenheit und Ueberzeugungskraft. So wird Herr Bernhardt, der als volkswirtschaftlicher Einspänner gegen unsere Sozialreform siegesbenutzt zu Felde zog, gründlich abgeföhrt. Nicht minder müssen dem Theoretiker Bernhardt gegenüber auch Dr. Wurmeling und Sanitätsrat Dr. Fassbender als zu einem sachlichen Urteil durchaus berufen gelten. Letzterer als erfahrungreicher praktischer Arzt und erstere als langjähriger Mitarbeiter an unserer sozialen Gesetzgebung; zuletzt noch als Regierungskommissar bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der Zusammenbruch des sozialdemokratischen Färbereistreiks. — Zur Auswertung in dem Hochholter Textilindustriebezirk. — Das letzte Aufgebot. — Rente und Volksharakter. — Fenilleton: Bei Mutter Bergler. — Allgemeine Rundschau: Schöne Erfolge des christlichen Metallarbeiterverbandes. — Der Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands. — Gegen den Zollschuß in der Textilindustrie. — Notes Streikordnungsgeheim. — Wo sitzen die Streikbrecher? Die doppelte Moral des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. — Die „Neutralität“ der „freien“ Gewerkschaften. — Eine sozialdemokratische Verherrlichung unserer deutschen Arbeiterversicherung. — Der Verband westdeutscher Konsumvereine. — Ein königlicher Erlaß zur Jugendpflege. — Aus unserer Industrie: Der internationale Baumwollkongress. — Zur Lage auf den Weltmärkten. — Was geht in der Baumwollwaren-Branche vor? — Textilgewerbe und Kapitalmarkt. — Aus dem Verbandesgebiete: An unsere Ortsgruppenvorsitzende! — Arbeitslosen-Berichterstattung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Marktweh. — Aus unseren Bezirken: Eine Rundgebung im Bayerischen Allgäu. — Eine christliche Gewerkschaftsgründung in der sächsischen Oberlausitz. — Berichte aus den Ortsgruppen: Grefath. — Stitzbach. — Neumünster. — Rheine. — Rheinböhlen. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Die Einschleppung von Krankheiten durch ausländische Arbeiter. — Förderung gemeinnütziger Zwecke durch die Landesversicherungsanstalten. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.